



FLUCHT AUS DER UKRAINE



**Herausforderungen und Chancen für
die Migrationsgesellschaft**



INHALTSVERZEICHNIS

04

Das Kompetenznetzwerk
„Zusammenleben in der
Migrationsgesellschaft“

12

Die Rolle von Zivilgesellschaft und
Migrant*innenorganisationen in
Ostdeutschland in der Ukraine-Hilfe
von **Nane Khachatryan, Yaroslav
Emelianov** (Dachverband der
Migrant*innenorganisationen in
Ostdeutschland e.V.)

22

Selektive Solidarität. Ein Gespräch
mit **Violeta Balog** und **Georgi Ivanov**
von **Amaro Foro** über den hartnäckigen
Rassismus gegen Rom*nja und
seine Fortsetzung in Zeiten des Krie-
ges (neue deutsche Organisationen –
das postmigrantisches Netzwerk e.V.)

34

Solidarität mit Geflüchteten – Sind
alle gleichermaßen willkommen?
von **Dr. Asmaa Soliman und Milena
Jovanovic** (Schwarzkopf-Stiftung
Junges Europa)

06

**Blaupause für die Migrationsgesell-
schaft:** Die Fluchtbewegung aus der
Ukraine als Zeitenwende für Migrations-
und Teilhabepolitik begreifen von **Kaan
Bağcı** und **Anna Friedrich** (Türkische
Gemeinde in Deutschland)

19

Bürgerschaftliches Engagement
in russischsprachigen Vereinen und
anderen Migrant*innenorganisationen
braucht gesellschaftliche Wert-
schätzung, finanzielle Unterstützung,
Sichtbarkeit und Vernetzung.
von **Yulia Grishakov** (Bundesverband
russischsprachiger Eltern e.V.)

27

Was sage ich da nur? – Zum Umgang
mit politisch Andersdenkenden
von **Larissa Bothe** (Gegen Vergessen –
für Demokratie e.V.)

40

**Interview mit Staatsministerin
Reem Alabali-Radovan**

DAS KOMPETENZ- NETZWERK UND SEINE PROJEKTE

DIE TRÄGER:

BUNDESVERBAND RUSSISCHSPRACHIGER ELTERN

Der Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE) ist eine bundesweite Dachorganisation gemeinnütziger Vereine, die in vielen sozialen, kulturellen und Bildungsbereichen aktiv sind. Innerhalb des KN ist er für die Themen „Ängste und Konflikte“ zuständig und koordiniert die entsprechenden Maßnahmen. BVRE übernimmt die Entwicklung und Vermittlung der Expertise über die Zielgruppe der „beweglichen Mitte“ mit dem Schwerpunkt „Ängste und Konflikte in der Migrationsgesellschaft“ und stellt sie den im Bereich der politischen Bildung tätigen MOs und allen relevanten Strukturen und Akteur*innen der KJH zur Verfügung.

DACHVERBAND DER MIGRANT*INNEN- ORGANISATIONEN IN OSTDEUTSCHLAND

DaMOst e.V. vernetzt die fünf ostdeutschen Landesnetzwerke der Migrant*innenorganisationen und ihre insgesamt über 300 ethnisch übergreifenden Mitgliedsorganisationen. Der Verein bündelt die vorhandenen Potentiale und Expertise der ostdeutschen Migrant*innen unter einem Dach und vertritt ihre Interessen auf der Landes- und Bundesebene.

Innerhalb des Netzwerks ist DaMOst e.V. für die Vertretung und Thematisierung migrantischer Perspektiven der in Ostdeutschland lebenden Bevölkerung zuständig. Insofern werden die Projektmaßnahmen in fünf ostdeutschen Bundesländern realisiert.

Das **Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft (KN)** ist ein Zusammenschluss von Trägern, die das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft in Vielfalt mitgestalten. Das KN trägt zu einem **inklusiven Selbstverständnis als Migrationsgesellschaft** bei und fördert **gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz**.

Hierfür berät und qualifiziert das KN Fachkräfte, Multiplikator*innen und Ehrenamtliche der Kinder- und Jugendhilfe zu Themen der Migrationsgesellschaft und schafft Dialogangebote im Kontext von Pluralismus und Differenz. Ziel ist es, junge Menschen unterschiedlicher Hintergründe als aktive Bürger*innen einer pluralistischen, inklusiven und demokratischen Migrationsgesellschaft zu fördern.

GEGEN VERGESSEN - FÜR DEMOKRATIE

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Mit mehr als 2.000 Mitgliedern in 43 regionalen Arbeitsgruppen bringt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seine langjährige Erfahrung in der Gestaltung eines konstruktiven Dialogs in einer Gesellschaft in Vielfalt in das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ ein.

NEUE DEUTSCHE ORGANISATIONEN

Die neuen deutschen Organisationen e.V. sind ein bundesweites Netzwerk von über 130 postmigrantisches Organisationen und Initiativen, die sich für chancengerechte Teilhabe, Sichtbarkeit und gegen Rassismus einsetzen. Mit unseren Positionen und Inhalten bringen wir uns in gesellschaftliche Debatten ein und sorgen so für eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft. Im Rahmen des Kompetenznetzwerks unterstützen und beraten wir Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Kooperationspartner*innen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Mit unserer Fachexpertise, Öffentlichkeitsarbeit und unserem Knowhow, wie eine offene Migrationsgesellschaft gestaltbar ist, schaffen wir auf verschiedenen Ebenen Räume für einen Austausch sowie eine nachhaltige Sensibilisierung und Qualifizierung.

SCHWARZKOPF- STIFTUNG JUNGES EUROPA

Die überparteiliche Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa stärkt junge Menschen aus ganz Europa in ihrer aktiven demokratischen Teilhabe. Die Vision der Stiftung ist ein von jungen Menschen gestaltetes pluralistisches Europa der Offenheit, Solidarität und Demokratie. In Veranstaltungen, Seminaren, Bildungsangeboten und jugend-geleiteten Netzwerken wie der Jungen Islam Konferenz und dem European Youth Parliament sowie mit Preisen und Stipendien bietet die Stiftung jungen Europäer*innen Möglichkeiten der Begegnung, des Austauschs und der persönlichen Entwicklung. Darüber hinaus berät sie Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe zu Fragen des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft.

TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND

Am 2. Dezember 1995 hat sich die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) mit dem Ziel gegründet, sich in der Öffentlichkeit und gegenüber Politik und Verwaltung für die Belange und Interessen türkeistämmiger Menschen in Deutschland einzusetzen. Heute begreifen wir uns als Bestandteil der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Wir möchten erreichen, dass möglichst viele Menschen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Werte unserer Verfassung übernehmen und sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzen und auch einsetzen können.

BLAUPAUSE FÜR DIE MIGRATIONS- GESELLSCHAFT:



Die Fluchtbewegung aus der Ukraine als Zeitenwende für Migrations- und Teilhabepolitik begreifen

TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND

Text
KAAN BAĞCI &
ANNA FRIEDRICH

Oft bahnen sich Krisen über eine gewisse Zeit an und entstehen nicht im luftleeren Raum. Doch auch wenn Krisen prozesshaft entstehen, gibt es immer einen Moment, in dem sich eine negative Entwicklung doch als weitreichende Krise offenbart. Im Falle des Kriegs in der Ukraine, der bereits seit 2014 durch die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim stattfindet, ist dieser Moment der 24. Februar 2022. An diesem Tag gab der russische Präsident Wladimir Putin eine Kriegserklärung im russischen Fernsehen ab und das russische Militär griff verschiedene Regionen der Ukraine an. Seither haben schätzungsweise 9,5 Millionen Ukrainer*innen die Grenzen überquert und überwiegend Schutz in Nachbarländern gesucht.¹ Weitere 7,1 Millionen Menschen befinden sich innerhalb der Ukraine auf der Flucht.

Viele Geflüchtete aus der Ukraine haben es nach Deutschland geschafft und relativ schnell staatliche Unterstützung erhalten. Relativ im positiven Sinne, weil konkrete Hilfen deutlich schneller und unkomplizierter bei den Menschen ankamen als z.B. bei Geflüchteten aus Syrien oder Afghanistan. Relativ im negativen Sinne, weil der Staat weitaus langsamer Hilfe geleistet hat als z.B. spontane Hilfsaktionen oder auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Freiwillige Helfer*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft haben den Menschen von Anfang an

geholfen, ob mit Unterbringung, Organisation von Spendenaktionen, Fahrten in die Ukraine oder in die Nachbarstaaten – Ehrenamtliche und die Zivilgesellschaft haben einen immensen Teil der Unterstützungsinfrastruktur aufgebaut und damit die Arbeit des Staates übernommen, als dieser noch nicht handlungsfähig war. Auch Träger des Kompetenznetzwerks „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ haben mitgewirkt,

¹ <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine> (letzter Zugriff am 21.7.22)

indem sie Hilfsaktionen unterstützt und für Migrant*innenorganisationen strukturelle Hilfe leisteten, die guten Zugang zu den Geflüchteten haben.

So hat bspw. die Türkische Gemeinde in Deutschland Migrant*innenorganisationen erfolgreich im Bereich Empowerment geholfen. Im engen Austausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir gemeinsam mit dem Bundesverband russischsprachiger Eltern und dem Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity (VIW) an mehreren Standorten für hauptamtliche Unterstützung gesorgt, damit die ganze Arbeit in den sogenannten Willkommenspatenschaften nicht allein vom Ehrenamt getragen wird.

Das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ vereint sechs Organisationen, die mit unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Migrationsgesellschaft, und damit auch auf die Entwicklungen und Folgen des Krieges in Deutschland, blicken. Das Ziel des Kompetenznetzwerks ist es, den gesellschaftlichen Dialog zu Themen der Migrationsgesellschaft zu fördern. Besonderer Fokus liegt dabei auf Kindern und Jugendlichen und all jenen, die mit ihnen arbeiten – denn politische Bildung und Teilhabe ist vor allem für eine junge Generation relevant, die sehr viel selbstverständlicher mit Vielfalt umgeht und bewusster ihre Teilhaberechte einfordert. In dieser Broschüre geben die Träger des Kompetenznetzwerks Einblicke in deren Arbeit, ihre Herausforderungen und die Rolle von Migrant*innenorganisationen im Rahmen des Krieges. Sie beleuchten die Erfahrungen und das Engagement von Geflüchteten in Deutschland und geben Handlungsempfehlungen für u.a. einen besseren Umgang mit Fluchtbewegungen und eine bessere Vorbereitung und Kommunikation in Krisenzeiten.

Es ist den zahlreichen Ehrenamtler*innen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verdanken, dass eine humanitäre Katastrophe in vielen Ländern verhindert werden konnte, so auch in Deutschland. Unzählige Freiwillige

haben bis zur Erschöpfung Erstversorgung geleistet und leisten auch weiterhin Hilfe in allen relevanten Bereichen, die den Geflüchteten das Ankommen in Deutschland erleichtern. Doch die Ressourcen der ehrenamtlichen Helfer*innen sind begrenzt, wie der **Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst)** in ihrem Beitrag „Die Rolle der Zivilgesellschaft und Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland in der Ukraine-Hilfe“ beschreibt. DaMOst hat mit fünf Organisationen in Ostdeutschland über deren Arbeit im Rahmen der Ukraine-Hilfe gesprochen und in seinem Beitrag deren Erfahrungen und Herausforderungen herausgearbeitet. Auch der Text „Bürgerschaftliches Engagement in russischsprachigen Vereinen und anderen Migrant*innenorganisationen braucht gesellschaftliche Wertschätzung, finanzielle Unterstützung, Sichtbarkeit und Vernetzung“ vom **Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE)** beschäftigt sich mit dem Beitrag von Migrant*innenselbstorganisationen an der Freiwilligenarbeit und schaut darüber hinaus auf die Arbeit, die Schüler*innen und Lehrer*innen durch Patenschaften für geflohene Kinder leisten.

Die akute Hilfe, die gerade in der Anfangszeit hauptsächlich über Freiwillige und die Zivilgesellschaft geleistet wurde, zeigt, dass vielen Menschen in Deutschland ein solidarisches Miteinander wichtig ist. Das ist ermutigend, denn Fluchtbewegungen wie die von 2015 oder 2022 sind keine Ausnahme, sondern dem Zusammenleben von Menschen immanent. Allen Prognosen nach werden Fluchtbewegungen aufgrund von Kriegen und Krisen zukünftig sogar noch zunehmen - Stichwort Klimawandel, Rohstoffmangel und Wasserknappheit.

Positiv festzuhalten ist, dass die deutsche Regierung in der aktuellen Situation weitaus flexibler und schneller gehandelt hat als z.B. 2015, als überwiegend Menschen aus Syrien Zuflucht gesucht haben. Im Zuge u.a. der EU-Massenzustrom-Richtlinie und des Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetzes können geflüchtete ukrainische Staatsbürger*innen staatliche Hilfeleistungen einfacher in Anspruch nehmen,

sie können eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis beantragen, Arbeit aufnehmen, Kinder und Jugendliche haben Zugang zu Schulen und Studierende können sogar Seminare und Vorlesungen an deutschen Hochschulen anrechnen lassen. Die Regierung hat in diesen Punkten bewiesen, dass sie doch schneller und langfristig helfen kann! Doch abgesehen von diesen positiven Entwicklungen auf staatlicher Seite befinden sich die neu angekommenen Menschen nach wie vor im prekären Status der Flucht. Flucht, bei der man das alte Leben auf unbestimmte Zeit hinter sich lässt und Schutz an anderen Orten sucht. Flucht, bei der man abhängig und verwundbar ist und immer die Gefahr besteht, emotionaler und/oder körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein. Relativ schnell wurde bspw. deutlich, dass Frauen sowohl auf der Flucht selbst als auch in Deutschland angekommen Opfer von Missbrauch und Belästigung wurden und werden.²



Außerdem haben die letzten Monate deutlich gemacht, wie groß die Ungleichbehandlung von Geflüchteten u.a. aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Geschlechtsidentität ist. Vielen Menschen wurde die Aus- oder Weiterreise massiv verweigert, Hilfen kamen nur bestimm-

ten Bevölkerungsgruppen zugute, Erleichterungen in Deutschland gelten nur für ukrainische Staatsbürger*innen und nicht für Menschen, die bspw. aus afrikanischen Ländern in die Ukraine eingewandert waren und dort als Studierende, medizinisches Fachpersonal etc. lebten. Besonders eklatant wird die Ungleichbehandlung auch am Beispiel ukrainischer Rom*nja deutlich.

Von Erfahrungen von aus der Ukraine geflüchteter Rom*nja berichten die **neuen deutschen Organisationen (ndo)** in ihrem Beitrag „Selektive Solidarität. Ein Gespräch mit Violeta Balog und Georgi Ivanov von Amaro Foro über den hartnäckigen Rassismus gegen Rom*nja und seine Fortsetzung in Zeiten des Krieges“, für den sie zwei Expert*innen interviewt und das Gespräch aufbereitet haben. Passend dazu fasst die **Schwarzkopf Stiftung – Junges Europa** in „Solidarität mit Geflüchteten – sind alle gleichermaßen willkommen?“ zusammen, welche Auswirkungen die Fluchtbewegung aus der Ukraine für die hiesige Migrationsgesellschaft hat und welche Chancen, aber auch Ungleichbehandlungen, dadurch offengelegt werden. Dazu haben sie u.a. ein Gespräch mit der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, geführt. Wie wichtig Gespräche in Krisenzeiten sind, zeigt uns der Beitrag von **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.** „Was sage ich da nur? Zum Umgang mit politisch Andersdenkenden“. Denn gerade in schwierigen Zeiten haben Ressentiments Konjunktur und Kommunikation wird oft bewusst genutzt, um Fehlinformationen zu streuen und Hetze zu betreiben. Wie der Beitrag zeigt, bedarf es bestimmter Kompetenzen, um Gesprächsräume anzubieten, in denen der demokratische Diskurs und der demokratische Prozess lebhaft gestaltet werden. Auch diese Kompetenzen bringen zivilgesellschaftliche Organisationen durch ihre Arbeit in der politischen Bildung mit und können Konflikte innerhalb der Ankunftsgesellschaft moderieren.

² <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/fluechtlinge-ukraine-sexueller-missbrauch-100.html>



Illustration: Aileen Dietrich

Uns als Kompetenznetzwerk geht es nicht darum, ein Konkurrenzverhältnis zwischen Geflüchteten zu schaffen. Vielmehr muss die Regierung ihren Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine als Zeitenwende beim generellen Umgang mit Geflüchteten verstehen und neue, bessere Standards einführen – Standards mit Maßnahmen, die allen Geflüchteten die Sicherheit und die Chance bietet, in Deutschland tatsächlich anzukommen und ein Leben aufzubauen. Denn es ist bislang leider so, dass diese Verbesserungen nicht weit genug gehen und nur bei bestimmten Menschen ankommen. Klar ist, dass weitaus mehr passieren muss. Deutschland begreift sich zwar auf den höchsten politischen Ebenen als Migrationsgesellschaft und Bundespräsident Steinmeier beschrieb Deutschland erst letztes Jahr als Land mit Migrationshintergrund, aber die Politik muss diese Aussagen noch stärker mit Leben füllen.

Ein ganz essentieller Teil dieser Zeitenwende ist die **Entlastung von Ehrenamtler*innen und der Zivilgesellschaft**. Der Staat darf nicht immer wieder unvorbereitet und handlungsunfähig sein, während freiwillige Helfer*innen und die Zivilgesellschaft mit unzureichenden Ressourcen die Erstversorgung stemmen. Dazu gehört z.B. der **Auf- bzw. Ausbau von Sprachkompetenzen** in staatlichen Behörden, damit Sprachmittlung in vielen verschiedenen Sprachen möglich ist und Materialien und Konzepte mehrsprachig erstellt werden können. So müssen u.a. staatliche Hilfeleistungen, Bildung, die medizinische Versorgung, der Arbeits- und Wohnungsmarkt sprachlich und bürokratisch besser zugänglich gemacht werden. Aber auch die kommunale Ebene darf nicht außer Acht gelassen werden. Ein großer Teil der Unterstützungsarbeit geschieht auf kommunaler Ebene, d.h., dass die Kommunen und Freiwillige vor Ort mit ihren jeweiligen Kompetenzen unterstützt werden müssen, damit sie die bestmögliche Hilfe leisten können.

Zur besseren Vorbereitung auf Fluchtbewegungen gehört auch **die vertiefte Zusammenarbeit**

mit und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Krisen haben uns ganz deutlich gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zukünftig mehr Sicherheit und Ressourcen brauchen. Auch wenn der Staat langfristig wieder seinen Aufgaben nachkommt und Ehrenamtler*innen und die Zivilgesellschaft damit entlastet, braucht er auch weiterhin die Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Menschen, die in unterschiedlichen Organisationen arbeiten und aktiv sind, sind sehr gut vernetzt mit Personen und Gruppen aus den Herkunftsländern, sprechen die Sprache und besitzen die nötigen transkulturellen Kompetenzen, die bei der Hilfe berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus können falsche oder fehlende staatliche Ansätze korrigiert werden, wenn der Staat Organisationen in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse integriert und sie ihre Kompetenzen frühzeitig einbringen können.

Neben der Entlastung von Freiwilligen und der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, muss der Staat flexibler auf akute Situationen reagieren können. Das kann bspw. über einen **Krisenfond** geschehen, den es explizit für Hilfsmaßnahmen im Rahmen von Fluchtbewegungen gibt. In Anbetracht der zukünftigen Herausforderungen braucht es Gelder, die im Notfall schnell und unkompliziert genutzt werden können. Es ist aber nicht nur die Flexibilität, an der es mangelt. Es müssen auch weitreichende **Gesetzesänderungen** und Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die geflüchteten Menschen das Ankommen in Deutschland in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen unkompliziert ermöglichen.

Wir rufen die staatlichen Akteur*innen dazu auf, die Chancen wahrzunehmen, staatliches Handeln in engem Austausch mit kompetenten Organisationen zu koordinieren. Denn so können wir als Gesellschaft passgenau und zielführend geflüchteten Menschen angemessen helfen.

**DACHVERBAND DER
MIGRANT*INNEN-
ORGANISATIONEN IN
OSTDEUTSCHLAND**

**Text
NANE KHACHATRYAN &
YAROSLAV EMELIANOV**

DIE ROLLE VON ZIVILGESELLSCHAFT UND MIGRANT*INNEN- ORGANISATIONEN IN OSTDEUTSCHLAND IN DER UKRAINE-HILFE

Zahlreiche Migrant*innenorganisationen und Ehrenamtliche sind bereits seit den ersten Tagen des Krieges an mehreren Standorten für Geflüchtete aus der Ukraine im Einsatz. Durch ihre tagtägliche Arbeit und den direkten Kontakt zu Geflüchteten bekommen sie aus erster Hand Informationen darüber, welche Hilfe die geflüchteten Menschen vor Ort akut benötigen, und versuchen im Rahmen ihrer (begrenzten) Kapazitäten diese Hilfen zu organisieren.

Für fast alle Akteur*innen und für die Vereine selbst bedeutet dies eine massive Herausforderung und einen enormen Wandel in ihrem Tätigkeitsbereich. Vertreter*innen von fünf Vereinen aus den östlichen Bundesländern (**Ukrainisch-Deutsches Kulturzentrum Schwerin - SIČ e.V.**, **Förderverein der Deutschen aus Russland in Sachsen-Anhalt e.V.**, **Einsetzen statt Aussetzen - ESTAruppin e.V.**, **Ukrainische Landsleute in Thüringen e.V.**, **Leipzig helps Ukraine e.V.**) haben sich interviewen lassen,

um Einblicke in ihre Arbeit zu geben und Erfahrungen zu teilen. Um diese bestmöglich wiederzugeben, wurden Fragen zu folgenden Themen gestellt:

- ▶ Tätigkeitsbereich im Rahmen der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine
- ▶ anfängliche und aktuelle Herausforderungen
- ▶ Kommunikation bzw. Kooperation mit Ländern und Kommunen
- ▶ Rolle der Ehrenamtlichen.

Vor welchen Herausforderungen standen die Migrant*innenorganisationen, als die ersten Geflüchteten aus der Ukraine ankamen?

Als erste Reaktion auf den Kriegsausbruch organisierte der **Förderverein der Deutschen aus Russland in Sachsen-Anhalt** zusammen mit zwei weiteren Vereinen eine Spendensammlung. Die Spenden wurden mithilfe ehrenamtlicher Helfer*innen sortiert und direkt in die Ukraine transportiert.

Für das **Ukrainisch-Deutsche Kulturzentrum Schwerin (SIČ e.V.)** war währenddessen die größte Herausforderung zu Beginn – neben der Spendensammlung –, den Transport zur Abholung der Geflüchteten von der deutsch-polnischen Grenze zu organisieren. Nach Angaben der Vereinsvorsitzenden Luidmyla Sientsova hat **SIČ e.V.** täglich im Schnitt allein 100 Anrufe erhalten. *„Wir hatten auch organisatorische Probleme, da wir keine humanitäre Organisation sind. Wir hatten überhaupt keine Erfahrung, wie wir solch eine Hilfe zusammen mit Übersetzer*innen und Koordinator*innen organisieren sollen.“* Hinzu kamen Probleme mit der Lagerung der Spenden, da sich der Verein selbst in den Räumlichkeiten eines anderen Vereins befindet. Später stellte die Stadt Schwerin dem **SIČ e.V.** eine Lagerhalle zur Verfügung.

Die nächste Hauptherausforderung in der Krisensituation war die Frage der Unterbringung der Ankömmlinge. So bereitete beispielsweise **ESTAruppin e.V. aus Brandenburg** ein Jugendzentrum ca. 9 km von Neuruppin vor, wo die Geflüchteten ankommen und vorübergehend bleiben konnten.

WIR HATTEN ÜBERHAUPT KEINE ERFAHRUNG, WIE WIR SOLCH EINE HILFE ZUSAMMEN MIT ÜBERSETZER*INNEN UND KOORDINATOR*INNEN ORGANISIEREN SOLLEN.

Das Ukrainisch-Deutsche Kulturzentrum Schwerin

Mehr Erfahrung dagegen hatte **der Verein Ukrainische Landsleute in Thüringen e.V.**, der 2014, anlässlich des Kriegsausbruchs in der Ukraine, gegründet wurde. Damals flohen bereits die ersten Menschen vor dem Krieg in der Ost-Ukraine. *„Da es schon zu der Zeit einen großen Bedarf an humanitärer Hilfe gab, konnte der Verein in den letzten acht Jahren viel Erfahrung bei der Hilfe und Integration von ukrainischen Landsleuten sammeln.“*, erklärt Ivan Gotra.

Auch eine Vereinsgründung gab es in Reaktion auf den ersten Tag des Angriffskrieges auf die Ukraine. Der **Verein Leipzig helps Ukraine e.V.** entstand aus einer Telegram-Gruppe mit 30 Personen. Daraus wurde eine Offline-Initiative und wenig später der Verein Leipzig helps Ukraine e.V.

Welche Maßnahmen leisten die Vereine in der Ukraine-Hilfe?

Die Koordinierung der Arbeit und Maßnahmen der Vereine läuft grundsätzlich über Social Media. **Ukrainische Landsleute in Thüringen e.V.** organisierte in jeder Stadt Thüringens WhatsApp-Gruppen, denen Geflüchtete und Helfende beitreten und sich untereinander austauschen konnten. In den Chat-Gruppen werden Probleme oder verschiedene Bedarfe geteilt und Lösungen gefunden. Auch **SIČ e.V.** hat mehrere Chats organisiert, damit all die Bedarfe und Hilfsangebote strukturiert werden konnten. Dort wird psychologische, medizinische, juristische und auch Übersetzungshilfe angeboten.

Der Verein **Leipzig helps Ukraine**, der aus Telegram heraus gegründet wurde, verwaltet momentan

„DIEJENIGEN, DIE WEITERHIN IN DER ERSTAUFNAHMESTELLE WOHNEN, HABEN NICHT SO EINE MÖGLICHKEIT. DIESE LÜCKE KONNTE UNSER VEREIN SCHLIESSEN“

Vereinsvertreterin Förderverein der Deutschen aus Russland in Brandenburg

eine Telegram-Gruppe mit über 9000 Mitgliedern. Um die Hilfe und Anfragen zu koordinieren, bildete der Verein Teams, die dann offline oder online Themen bearbeiten konnten, wie etwa Transport, Kids & Family, Antidiskriminierung, Recht, Jobs, Unterkunft, Arrival. So standen bspw. die Helfer*innen vom Arrival-Team am Bahnhof, nahmen die Personen in Empfang und verteilten Flyer, um die ersten Schritte in Leipzig zu erleichtern. Vor Ort waren auch Sprachmittler*innen, die an verschiedenfarbigen Westen erkennbar waren. Das Unterkunftsteam hat sich um die Unterkünfte gekümmert. Hier ging es auch darum, dass die Ankömmlinge nicht einfach unkontrolliert bei Privatpersonen untergebracht, sondern registriert werden, um möglichen Missbrauch oder Human Trafficking zu verhindern. Das Jobs-Team organisierte über Telegram eine Art Jobportal, wo sich Unternehmen bei dem Team melden können.

„Wir haben das wie ein Unternehmen aufgebaut. In all diesen Gebieten haben wir versucht, Hilfestellung zu geben. Die Informationen haben wir dann wieder auf unsere Webseite gestellt, um letzten Endes die Verteilung der Informationen auch zu bündeln, bzw. eine Anlaufstelle zu haben, weil in den Telegram-Kanälen die Information relativ schnell auch wieder weg ist. Unsere Telegram-Kanäle haben sich schnell verbreitet und auf einmal waren überall Ukrainer bei uns drinnen“, berichtet Hannes Rieseberg vom Verein Leipzig helps Ukraine.

Der **Förderverein der Deutschen aus Russland in Sachsen-Anhalt** hat nun Sprachkurse für Frauen gestartet. *„Das ist nicht nur ein Sprachkurs,*

sondern auch eine Art Integrationskurs. Während der Kurse betreuen unsere Ehrenamtlichen auch die Kinder, weil diese tagsüber keinen Ort wie einen Kindergarten oder Schule haben, wo sie hingehen könnten“, erklärt die Vorstandsvorsitzende Olga Ebert.

Ähnliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung leistet der Verein **Einsetzen statt Aussetzen – ESTAruppin e.V.** aus Brandenburg. *„Nicht alle Kinder sind in Schulen und Kitas. Diejenigen, die für sich Wohnraum gefunden haben, konnten ihre Kinder in Schulen und Kitas einschreiben. Diejenigen, die weiterhin in der Erstaufnahmestelle wohnen, haben nicht so eine Möglichkeit. Diese Lücke konnte unser Verein schließen“,* berichtet die Vereinsvertreterin.

Vor welchen Herausforderungen stehen die Vereine und Helfer*innennetzwerke heute?

Als das allergrößte Problem benennen die Vereine die Erschöpfung der Ehrenamtlichen. Diese können nicht mehr stundenlang in der Woche dauerhaft im Einsatz sein. Zudem sind sie überlastet, da sie durch den direkten Kontakt mit Betroffenen deren Schicksale aus erster Hand mitbekommen. *„Man musste die geflüchteten Ukrainer*innen unterstützen, aber auch sich selbst unterstützen, um das Leid zu verarbeiten“,* erzählt die Vertreterin des **SIČ e.V.**

Mit dem 1. Juni 2022 trat der Rechtskreiswechsel aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch (SGB) II oder XII für die Geflüchteten aus der Ukraine in Kraft und schuf eine ganz neue Herausforderung. Um den Anspruch der Geflüchteten auf SGB-Leistungen abzuklären, bekommen sie individuelle Termine. Nach Aussagen der Vereinsvertreter*innen müssen die Ukrainer*innen jedoch selbst eine Sprachmittlung zum Termin mitbringen. Die erste Anlaufstelle und Ansprechperson sind für die Geflüchteten daher die Migrant*innenorganisationen mit ihren entsprechenden Sprachkompetenzen. Das wiederum erschwert die Arbeit der Vereine, da sie nun zusätzlich Dolmetscher*innen für die Termine suchen und koordinieren.

„Wir haben Schichten für die ehrenamtlichen Helfer organisiert. Jetzt sind die auszufüllenden Formulare mehr geworden und entsprechend die Arbeit der Helfer“, meint eine Vereinsvertreterin. Ein weiterer Interviewpartner weist auf die Problematik und den Mangel an Hauptamtlichen und Geldern hin. „Das Problem ist, dass Ehrenamt immer kostenlos ist. Das ist ein Selbstverständnis der Kommunen. Die Behörden sagen, ihr müsst das ja nicht machen, ihr müsst uns nur Bescheid sagen, und dann übernehmen wir. Ja, dann übernehmt doch von Anfang an!“



Inwieweit funktioniert die Kommunikation auf der Landes- und kommunalen Ebene? Wo sehen sie die größten Handlungsbedarfe?

Seitens der Kommunen wurden Vernetzungstreffen und Krisenstäbe organisiert, an denen die Vereine sich aktiv beteiligt haben. Bei alledem ergaben sich Probleme.

„Ein zentrales Problem war, dass erst die Leute kamen und danach der Staat sich darüber Gedanken

gemacht hat, wie er weiter vorgehen soll. Im Ausland denken viele, dass in Deutschland alles wie ein Schweizer Uhrwerk funktioniert, doch wir wissen, dass das nicht so ist, wir wissen auch, wie die deutsche Bürokratie funktioniert. Und dieses ewige Warten am Anfang für die Leute, die angekommen sind, führte bei manchen zu Missverständnissen. Vor allem aber der Informationsmangel machte vielen das Leben schwer“, meint die Vertreterin eines Vereins.

Aus diesem Grund wünschen sich Vereine Ansprechpartner*innen in den jeweiligen Behörden, damit sie die Informationen richtig weiterleiten können.

„Die Kommunikation funktioniert ganz gut, aber danach kommt wenig zurück. Wir haben sehr viele Gespräche geführt, man hat uns Zusagen gemacht, aber letztendlich bleibt es meistens nur bei Zusagen. Wir hätten uns mehr Unterstützung erhofft, weil auf Freiwilligenbasis allein es nicht so gut funktioniert. Wenigstens Teilzeitstellen oder finanzielle Unterstützung für die Helfer wären schon sehr hilfreich“, meint ein anderer.

Wie stark sind die Kommunen auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen?

Die Vereinsvertreter*innen sind der Meinung, dass Schutzsuchende nicht immer Vertrauen in staatliche Institutionen haben. Deswegen braucht es auch Initiativen und Vereine, die an der Seite der Geflüchteten stehen, damit Vertrauen aufgebaut werden und eine vertrauensvolle Kommunikation stattfinden kann.

„Die Kommunen reagieren nicht so schnell wie die Ehrenamtlichen und die Zivilgesellschaft. Solange sie keine konkrete Ansage von oben bekommen, bewegen sie sich auch nicht so schnell. Eine Verwaltung reagiert erst dann, wenn etwas passiert ist. Das haben sie uns selber gesagt, dass in der Verwaltung man immer reaktiv und nicht präventiv handelt. Allein da muss die Zivilgesellschaft dran, weil der Verwaltungsakt rückblickend ist. Das wäre auch eine Aufgabe für Ehrenamtliche, das mit zu begleiten“, resümiert Hannes Rieseberg vom Verein **Leipzig helps Ukraine**.

Fazit

Vereine, die ihren Schwerpunkt hauptsächlich in den Bereichen Kultur und Bildung hatten oder neu gegründet worden sind, haben von einem Tag auf den anderen die Arbeit von Hilfsorganisationen auf sich genommen; aus Leuten mit verschiedensten beruflichen Tätigkeiten wurden Organisationsgenies. Die unterschiedlichen Wurzeln der Vereine waren kein Hindernis, zum Teil gleiche Arbeit zu leisten und gleiche Herausforderungen zu bewältigen. Logistikprobleme, Human Trafficking, fehlender Wohnraum, kein Platz in Schulen und Kitas und die deutsche Bürokratie waren für alle Vereine, die sich aktiv dafür einsetzen, Menschen aus der Ukraine zu helfen, gleichsam die größten Probleme. Aber auch individuelle Akzente wurden gesetzt und berufliche Stärken hervorgebracht. So haben die einen viel Wert auf Kommunikation und Organisation in Messengern wie Telegram und WhatsApp

gelegt und die anderen ihre schon vor dem Krieg vorhandenen Ressourcen, wie z.B. Sprachunterricht, genutzt, um diese den Hilfsbedürftigen anzubieten. Doch all das wäre ohne die Arbeit von Ehrenamtlichen nicht möglich gewesen – und Menschen, die enorme Hilfe leisten, brauchen selber auch Hilfe in Form von psychologischer Beratung, aber vor allem auch durch Entlastung. Die Herausforderungen, die diese Fluchtbewegung mit sich gebracht hat, können nicht dauerhaft auf den Schultern der Zivilgesellschaft lasten. Ein Umstieg ins SGB II ohne Sprachmittlung in den Behörden vor Ort zeigt sehr gut, dass man sich auf Ehrenamtliche verlässt, aber sie nicht genügend wertschätzt. Lösungsansätze wie Teil- oder Vollzeitstellen für involvierte Helfende, ob in den Vereinen oder in den lokalen Behörden, werden von Vertreter*innen der Migrant*innenorganisationen gefordert.



Alle fünf Einzelinterviews wurden im **Zeitraum von Mai bis Juli 2022** durchgeführt, insofern beruhen die in den Interviews geäußerten Gedanken auf den bislang gesammelten Erfahrungen. Die Interviews wurden sowohl in **deutscher als auch in russischer Sprache** durchgeführt, damit die Interviewpartner*innen ihre Erfahrungen bestmöglich teilen konnten. Die Kontakte zu den jeweiligen Migrant*innenorganisationen und Vereinen sind durch den ständigen Austausch von DaMOst e.V. (Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland) mit ihren Partnervereinen vor Ort in den ostdeutschen Bundesländern entstanden.

UKRAINISCH-DEUTSCHES KULTURZENTRUM SCHWERIN - SIČ E.V.

Der Verein SIČ wurde 2014 gegründet und möchte vor allem die kulturellen und sozialen Beziehungen zwischen beiden Ländern fördern. SIČ steht für Konzerte, für Folklore, Ausstellungen, Workshops, Seminare, Lesungen und Vorträge. Der Verein, der den Zugewanderten bei der Integration in das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Schwerin hilft, unterstützt durch Beratung, Koordination und Alltagsbegegnungen.

Zum Verein gehören ein Vokal- und Musikstudio, ein Computerclub, ein Nähzirkel, das internationale Tanzstudio „Rhythmus“ für Kinder und das Projekt „Seniorencommunity (60+) – Senioren für Senioren“.

FÖRDERVEREIN DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND IN SACHSEN-ANHALT E.V.

Der Förderverein der Deutschen aus Russland - Sachsen-Anhalt e. V. wurde 2006 gegründet und ist eine landesweit tätige, freiheitlich-demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation der Deutschen aus Russland, die die Glaubensgrundsätze jedes Einzelnen achtet und wahrt. Sie versteht sich als Interessenvertretung der Deutschen aus Russland und ist offen für die Zusammenarbeit mit anderen Migrant*innenorganisationen.

EINSETZEN STATT AUSSETZEN – ESTARUPPIN E.V.

Mit diesem Leitgedanken, Einsetzen statt Aussetzen, bekam die gemeindediakonische Initiative ihren Namen – EstA – und nahm im September 1998, einer Zeit mit extrem hoher Arbeitslosigkeit, ihre Arbeit an Schulen, in Jugendclubs, Kirchengemeinden und den Übergangwohnheimen in Kyritz, Brunne, Neuruppin und Wittstock auf. Die beiden Arbeitsschwerpunkte – Kinder und Jugendliche sowie Flucht und Migration – sind noch heute wesentlich für die Arbeit des Vereins.

Seit 2003 organisiert man sich als Verein ESTAruppin e.V. und Initiative des Kirchenkreises Wittstock Ruppín. In allen Arbeitsbereichen setzt ESTAruppin sich ein für Begegnung & Integration, Chancengleichheit & Schutz vor Armut, praktisches Lernen für Jung & Alt, Beratung & Ermutigung sowie Prävention von Gewalt & rechtsextremen Einflüssen.

UKRAINISCHE LANDSLEUTE IN THÜRINGEN E.V.

2014 entstand der Verein, um Ukrainerinnen und Ukrainer im Raum Erfurt zusammenzubringen. Es werden regelmäßig Treffen und Feste organisiert, um die ukrainische Kultur zu pflegen und auch einen deutsch-ukrainischen Austausch zu fördern. Der Verein unterstützt das Bestreben der Ukraine auf die Europa-Integration und trägt zur Festigung der deutsch-ukrainischen Beziehungen in kulturellen und allen weiteren Aspekten bei.

Seit dem Angriffskrieg Putins am 24.02.2022 widmet sich der Verein mit all seinen Kapazitäten der Aufgabe, Menschen in der Ukraine und Menschen auf der Flucht mit Hilfsgütern zu versorgen sowie die Flucht nach Deutschland zu unterstützen.

LEIPZIG HELPS UKRAINE E.V.

Der Verein Leipzig helps Ukraine ist ein Netzwerk aus Studierenden, Journalist*innen, Anwält*innen, Grafikdesigner*innen, Künstler*innen, Softwareentwickler*innen und Organisations-talenten, die ihren Teil dazu beitragen wollen, dass neue Hilfsangebote für Ukrainer*innen vor Ort geschaffen und bereits bestehende besser organisiert werden können.

Das Ziel ist ein Netzwerk aufzubauen, das für Hilfesuchende und für Helfende eine zentrale Anlaufstelle in Leipzig darstellt. Somit sollen Kräfte und Ressourcen von städtischen Strukturen, Vereinen und Initiativen und von Privatpersonen gebündelt werden.

BUNDESVERBAND RUSSISCHSPRACHIGER ELTERN E.V.

Text
YULIA
GRISHAKOV

BÜRGER- SCHAFTLICHES ENGAGEMENT

in russischsprachigen Vereinen und anderen Migrant*innenorganisationen braucht gesellschaftliche Wertschätzung, finanzielle Unterstützung, Sichtbarkeit und Vernetzung.

Seit dem 24. Februar 2022 ist das Leben nicht mehr so, wie es war. Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, gegen das ukrainische Volk, der mit zunehmender Härte und Aggression noch weiter andauert, änderte sich alles bei vielen Menschen. Kriegsflüchtlinge in Europa, vor allem Frauen, Kinder und Senior*innen, Ängste, Zerstörung, Ohnmacht und... eine unglaubliche Welle der Solidarität, der gelebten Solidarität in ganz

Europa. Die Hilfsbereitschaft für die Menschen in der Ukraine und auch für Schutzsuchende, die sich bereits in Europa, in Deutschland befinden, ist riesig. Es gab anfänglich unzählige Aktionen von Privatpersonen, wie Kleider-, Sach- und Geldspenden, private Unterbringungen, das Organisieren von Essensausgaben, Fahrdienste vom Bahnhof in die Unterkunft und bis an die Grenzen und der Koordination von Spenden dort, wo

sie direkt benötigt werden. Viele ukrainisch- und russischsprachige Ehrenamtliche meldeten sich direkt und baten ihre Hilfe und Unterstützung an – Übersetzungen an Bahnhöfen, in den Notunterkünften und bei Behörden, niedrigschwellige Beratungen zu Alltagsthemen und Weitergabe der Informationen, Begleitungen zu Krankenhäusern und Ärzt*innen. Psycholog*innen und Seelsorger*innen mit Muttersprachen Russisch und Ukrainisch baten und bieten psychologische und familienbegleitende Hilfen und Beratungen für ukrainische Schutzsuchende an.

All dieses Engagement zeigt große Solidarität und die Bereitschaft, einen eigenen Beitrag für die Gemeinschaft und die Gesellschaft zu leisten, ohne dabei eigene oder jegliche Interessen zu verfolgen. Damit das Ehrenamt weiterhin gut funktioniert, bedarf es wirksamer und nachhaltiger Strategien, kurzfristiges Engagement zu stabilisieren, Ehrenamtliche miteinander zu vernetzen, sie finanziell zu fördern und ihnen nötige gesellschaftliche Wertschätzung und Sichtbarkeit zu geben.

Das bürgerschaftliche Engagement von Migrant*innen ist vielfältig und findet in Initiativen und vor allem in Vereinen statt. Migrant*innenvereine als zentrale Organisationsform übernehmen viele Funktionen zur Verbesserung gesellschaftlicher Bedingungen, bieten Hilfestellungen und (Erst)Orientierung. Als Akteur*innen der Zivilgesellschaft koordinieren sie politische, soziale Integrationsprozesse, sind Dialogpartner*innen an Seiten der Migrant*innen, bauen Brücken zur Mehrheitsgesellschaft, entlasten mit ihrer Arbeit und bedarfsorientierten Angeboten soziale Institutionen wie Schulen und Jugendämter.

Über die Freiwilligenarbeit und das bürgerschaftliche Engagement in Mitgliedsvereinen des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern e.V. sind nach dem 24. Februar 2022 zahlreiche Projekte und Initiativen zur Unterstützung der Schutzsuchenden aus der Ukraine entstanden: neue Kurse für geflüchtete Kinder, Informationsveranstaltungen für Eltern, Berufsberatungsmaßnahmen,

sowie Projekte für Arbeitssuchende und vieles mehr. Darüber hinaus nehmen die Vorstandsmitglieder und die Mitarbeitenden des BVRE e.V. an Programmen und Diskussionsplattformen auf Landes- und Bundesebene teil, die der Integration der ukrainischen Geflüchteten gewidmet sind.

Ein solches Projekt für vor dem Krieg fliehende ukrainische Senior*innen hat der Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. im Juli 2022 gestartet. Das Projekt soll dazu beitragen, ältere geflüchtete Menschen in ihrem selbstständigen, gleichberechtigten und selbstbestimmten Leben in Deutschland zu unterstützen, ihnen Hilfe zu gewähren, mit Hilfe der Pat*innen für Ausgleich für verlorene familiäre Bindungen zu sorgen, neues Netzwerk- und Sozialkapital aufzubauen als Ausgleich für Verluste durch den Krieg, Resilienz zu stärken, neue Anschlüsse an bestehende soziale Netzwerke zu fördern. Die Unterstützung wird über Pat*innen angeboten und findet in 3 Richtungen statt: Hilfestellungen in allen Fragen des täglichen Lebens in Deutschland, Angebot von Sport- sowie von Kultur- und Freizeitaktivitäten. Alle Formate, ob Sport, Kultur oder Unterstützungsformate sind Gruppenformate. Die Senior*innen bleiben in der gewohnten Umgebung unter Gleichaltrigen mit der gleichen Muttersprache. In den Gruppen können Freude oder auch Kummer miteinander geteilt werden, man findet Anschluss und Freunde. Am Projekt nehmen 5 Vereine deutschlandweit teil, die langjährige Erfahrung in der Senior*innenarbeit und großen Einsatz der ehrenamtlich Tätigen aufbringen.

Ehrenamtliche leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie Hilfe in allen Bereichen und zu allen Lebenslagen anbieten: Behördengänge, Wissensvermittlung, Spracherwerb, Wohnungssuche, verschiedene Kurse, niedrigschwellige Beratungsangebote und vieles mehr. Neben den Angeboten zur Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder anderen sozialen Integrationen findet auch politisch-rechtliche Integration statt: Dialogplattformen, Angebote zur politischen Bildung, Partizipationsmöglichkeiten und öffentliche Debatten zum friedlichen Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft.

Die Unterstützung findet auf Augenhöhe statt und zeichnet sich durch gleichwertige Beziehungen zwischen allen Beteiligten aus. Die Freiwilligen agieren oft außerhalb der etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie in selbstorganisierten Initiativen oder in den Vereinen. Durch mangelnde Sichtbarmachung findet diese Arbeit oft nicht die gewünschte finanzielle Anerkennung, Mitbestimmung und Aufmerksamkeit, es fehlen in den Vereinen und freiwilligen Initiativen hauptamtliche Stellen, die die freiwillige Arbeit koordinieren und nötige finanzielle Unterstützung organisieren.

Patenschaften für ukrainische Geflüchtete funktionieren auch sehr gut an weiterführenden Schulen. Sie fördern Selbstbestimmung, Verantwortungs- und Gerechtigkeitsgefühl bei Kindern und Jugendlichen. Es sind viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche unter den vom Krieg in der Ukraine fliehenden Menschen dabei. Laut Kultusministerkonferenz (Stand 33. Kalenderwoche 2022) wurden bereits seit Kriegsbeginn 159.603 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine an den deutschen Schulen aufgenommen. Die meisten Kinder sind bisher in Bayern (27.523), Nordrhein-Westfalen (32.257) und Baden-Württemberg (21.392) untergekommen. Nach den Sommerferien wird diese Zahl erheblich steigen und bedarf vieler Maßnahmen, die die ukrainischen Flüchtlingskinder an den Schulen unterstützen. Eine solche Unterstützungsmöglichkeit kann ab dem neuen Schuljahr die Übernahme der Patenschaften von ukrainischen Schüler*innen durch Kinder/ Schüler*innen mit einer der Muttersprachen Deutsch, Russisch oder/ und Ukrainisch sein, die sich bereits an einigen weiterführenden Schulen vor den Sommerferien bewährt haben. Mit Hilfe der gleichen Muttersprache können sowohl beziehungsorientierte als auch aufgabenorientierte Patenschaften an Schulen und darüber hinaus entstehen. Aufgabenorientierte Patenschaften an weiterführenden Schulen helfen den geflüchteten Kindern und Jugendlichen, schultypische, vor allem durch geringe oder mangelnde Sprachkenntnisse verursachten Schwierigkeiten im Unterricht und bei den Hausaufgaben,

zu beseitigen und so die geflüchteten Kinder im Schulalltag zu unterstützen.

Perzmaier und Sonnenberg¹ beschreiben sehr gut, was Patenschaften so besonders und wertvoll macht und wie beide Seiten davon profitieren können. Paten und Patinnen sind gegenüber ihrem Patenkind loyal und wollen, dass eine schnelle Verbesserung der schwierigen Situation eintritt. Das Eintauchen in die Lebenswelt der Schutz- und Hilfebedürftigen, das Kennenlernen ihrer Geschichten und Umstände der Flucht machen die Paten und Patinnen offener und somit werden zwischenmenschliche Brücken gebaut (ebd.: 26). Außerdem sehen die Paten und Patinnen in ihrem Engagement, auch in der Zusammenarbeit mit Fachkräften an der Schule, Sinn. Die Patenschaft ist vom Prinzip des Empowerments, der Hilfe zur Selbsthilfe und der Selbstbestimmung geleitet. Jugendliche entwickeln nach und nach ihre Selbstbestimmung als politisches und soziales Gesellschaftsmitglied mit eigener Werteorientierung. Die Peer-Group fungiert dabei als ein Lernort, um Kompetenzen wie Gruppenzugehörigkeit, Verantwortung und Gerechtigkeit, Rollenidentität und Selbstbestimmung zu erlangen.



Durch das bürgerschaftliche Engagement, wie zum Beispiel durch das Modell der Patenschaften an Schulen, Peer-to-Peer-Modelle oder Patenschaften in der Senior*innenarbeit, lassen sich eigene Wertvorstellungen, wie Hilfsbedürftigen zu helfen, umsetzen, Selbstwertgefühl und die Motivationsimpulse des Engagierten/ der Engagierten werden gesteigert, neue Erfahrungen gesammelt und Verantwortungsfunktionen geschaffen.

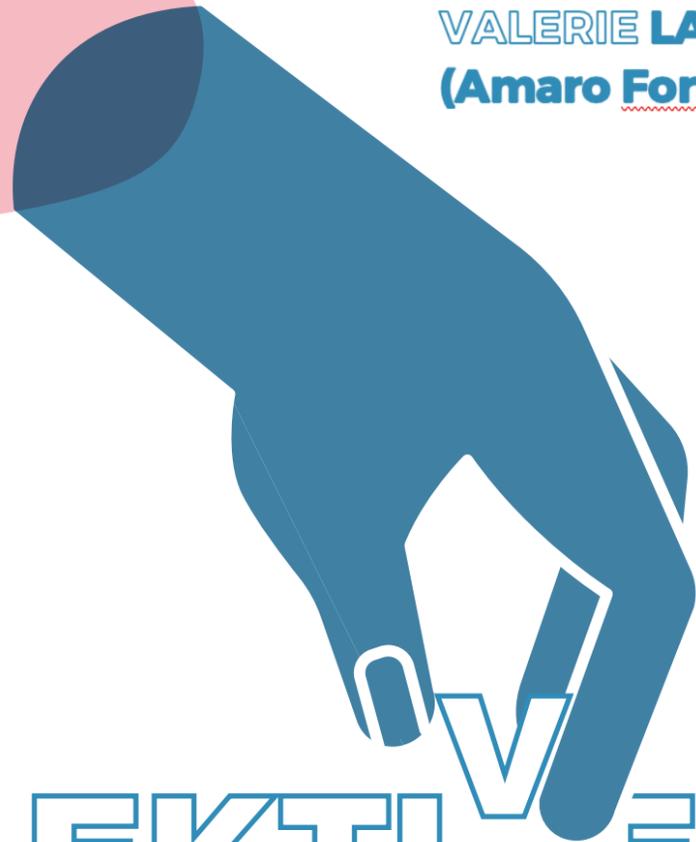
¹ Perzmaier/Sonnenberg, Patenschaften praxisnah, 2013 Beltz Juventa Verlag, Weinheim Basel

NEUE DEUTSCHE ORGANISATIONEN – DAS POSTMIGRANTISCHE NETZWERK E.V.

Text

MUTIARA BERTHOLD
(ndo e.V.)

VALERIE LAUKAT
(Amaro Foro e.V.)



SELEKTIVE
SOLIDARITÄT

Ein Gespräch mit [Violeta Balog](#) und [Georgi Ivanov](#)
von [Amaro Foro](#) über den hartnäckigen Rassismus gegen
Rom*nja und seine Fortsetzung in Zeiten des Krieges

neue deutsche organisationen (ndo):
**Stellt uns doch zunächst einmal euch und
eure Arbeit bei Amaro Foro kurz vor.**

VIOLETA BALOG „Mein Name ist Violeta Balog. Ich bin seit über zehn Jahren bei Amaro Foro tätig. Ich leite die *Dokumentationsstelle Antiziganismus*, abgekürzt Dosta, und engagiere mich ehrenamtlich in dem Vorstand des Vereins. Bei Dosta erfassen wir seit 2014 antiziganistisch motivierte Vorfälle, die in Berlin stattfinden. Wir werten die Daten jährlich aus und veröffentlichen einen Bericht mit Fallzahlen und -beispielen. Damit wollen wir die Gesellschaft für das Thema Antiziganismus, also Rassismus gegen Rom*nja und Menschen, die für Rom*nja gehalten werden, sensibilisieren und aufklären. Aus den Erfahrungen in diesem Projekt haben wir Fortbildungskonzepte für verschiedene Zielgruppen erarbeitet. So bieten wir heute neben der Vorfallerfassung und der sozialen Arbeit auch Fortbildungen für Sozialarbeiter*innen, Leistungsbehördenmitarbeiter*innen sowie Medienschaffende und Journalist*innen an.“

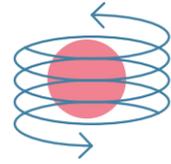
GEORGI IVANOW „Ich bin Georgi Ivanov. Ich bin seit 2012 bei Amaro Foro und koordiniere die Anlauf- und Beratungsstelle, in der wir Sozialberatung für bulgarische und rumänische Staatsbürger*innen anbieten. Außerdem bin ich auch unterwegs und gebe Fortbildungen zum Thema Antiziganismus. Der Verein ist ein transkultureller Jugendverband von Rom*nja und Nicht-Rom*nja. Wir engagieren uns vor allem gegen Antiziganismus und für Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wir bieten praktische Unterstützung im sozialen Bereich und sensibilisieren durch Bildungsarbeit und in der politischen Debatte zum Thema Antiziganismus. Gegründet haben wir uns im Jahr 2010. Am Anfang haben wir vorrangig Bildungsarbeit mit Jugendlichen gemacht und EU-Bürger*innen aus Rumänien und Bulgarien Sozialberatung angeboten.“

Warum schreibt sich der Antiziganismus so vehement fort? Könnt ihr ein Schlaglicht auf die gegenwärtige Situation in Deutschland und Europa werfen?

V.B. „Die Ursprünge lassen sich bereits im 15. Jahrhundert nachweisen. Antiziganistische Handlungen, darunter auch strukturelle, ziehen sich seitdem wie ein roter Faden durch die europäische und die deutsche Geschichte. So erklärten beispielsweise 1496–98 die Reichstage in Landau und Freiburg vermeintliche oder tatsächliche Rom*nja zu Verräter*innen. Ihnen wurde Spionage im Dienst des Osmanischen Reichs vorgeworfen. Sie wurden zu Träger*innen und Überträger*innen der Pest erklärt. Als Strafe wurden sie für vogelfrei erklärt, ihnen wurden also alle Rechte entzogen. 1830 nahmen Behörden in Nordhausen Rom*nja-Kinder aus ihren Familien und stecken sie gewaltsam in Pflegeheime, vermeintlich, um sie zu „disziplinieren“ und zu „zivilisieren“. Im Jahr 2017 führte eine Einrichtung der niedrigschwelligen Obdachlosenhilfe separate „Roma-Tage“ ein, was an den Wohlfahrtsminister in Düsseldorf im Jahr 1920 erinnert, der allen Sinti*zzze und Rom*nja das Betreten öffentlicher Wasch- und Erholungseinrichtungen verbot. Diese ablehnende Haltung führt bis heute dazu, dass Menschen nicht nur beleidigt, stigmatisiert und ausgeschlossen werden, sondern auch körperliche Gewalt erleben – bis hin zur Ermordung.“

G.I. „Die Gründe sind vielfältig. Es lässt sich aber sagen, dass die Sozialisation in der Gesellschaft immer noch mit rassistischen Bildern erfolgt. Auch heute wachsen Kinder im Kita-Alter mit antiziganistischen Vorurteilen auf, die in vielen Kinderbüchern und Kinderfilmen tradiert werden, abgesehen von der Prägung innerhalb der Familie. Mehr noch als bei anderen Formen von Rassismus ist die gesellschaftliche Akzeptanz für Antiziganismus immer noch extrem hoch. So kommt es meist zu keinem Widerspruch und zu keiner Verurteilung. Häufig wird vielmehr den Betroffenen selbst die Schuld zugewiesen, etwa, wenn gefordert wird, Rom*nja müssten sich endlich „integrieren“. Gesellschaftliche Teilhabe und die Überwindung von Ausgrenzung sind wichtig – dafür müssen aber die Mehrheitsgesellschaft und die gesellschaftlichen

Strukturen im Fokus stehen, nicht die Menschen, die Rassismus erfahren.“



Auf welche Weise müssen die Mehrheitsgesellschaft und ihre Strukturen konkret verändert werden, damit sich die Situation von Rom*nja verbessert?

V.B. „Es ist bedenklich, dass der Impuls für Aufklärung und Sensibilisierung immer von den Betroffenen kommen muss. Das Problem hat ja die Mehrheitsgesellschaft. Ohne pauschalisieren zu wollen, wird sie aber selten aus eigener Motivation aktiv und setzt sich damit auseinander. So nehmen die vielen Selbstorganisationen und Aktivist*innen immer wieder diese Aufgabe in die Hand. Wenn sie das nicht täten, wäre das Thema wahrscheinlich gar nicht präsent. Es hängt leider immer noch an unserer Initiative, ob Antiziganismus auf die Tagesordnung kommt.“

G.I. „Außer der gesellschaftlichen Debatte und Bildungsarbeit brauchen wir allerdings auch viel mehr rechtliche Schutzmechanismen und Konsequenzen. In den letzten Jahren ist bereits einiges passiert – das Thema kommt auf die politische Agenda, die aktive, laute Präsenz von Selbstorganisationen und Aktivist*innen wird immer öfter wahrgenommen. In Berlin ist ein Landesdiskriminierungsgesetz beschlossen worden, das einige Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf Bundesebene wenigstens im Land Berlin schließt. Darauf können wir uns aber nicht ausruhen. Es muss bereits in den Kindertagesstätten angesetzt werden – präventive rassismuskritische Bildung ist dringend notwendig. Wenn eine Generation aufgezogen wird, die keine Vorurteile mehr an ihre eigenen Kinder weitergibt, wird wahrscheinlich irgendwann die Kette durchbrochen – und dann sind rechtliche Instrumente vielleicht nicht mehr notwendig, um das Eigentliche zu erreichen: dass Menschen als Menschen respektiert und gleichbehandelt werden.“

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat nicht nur weiße Ukrainer*innen getroffen, sondern auch ukrainische Rom*nja. Wie hat sich das auf eure Arbeit ausgewirkt?

V.B. „Das ist auf jeden Fall eine neue Herausforderung für uns. Wir sind beispielsweise nicht auf Aufenthalts- und Asylrecht spezialisiert. Direkt zu Beginn des Krieges erreichten uns viele Meldungen, dass als Rom*nja gelesene Menschen bereits in der Ukraine an der Flucht gehindert wurden, dass sie sowohl dort als auch in den Nachbarländern rassistisch diskriminiert wurden. Aber auch in Berlin, wo viele Menschen ankamen, setzte sich die Diskriminierung fort. Sie wurden nicht bzw. nicht gleichermaßen willkommen geheißen, wie andere. Wir kennen solche Dynamiken aus der Arbeit bei Dosta, wo wir immer wieder feststellen, dass Rom*nja legitime Fluchtgründe abgesprochen werden. Helfer*innen, die vor Ort aktiv waren, berichteten uns von massiver Ungleichbehandlung gleich bei der Ankunft, beispielsweise bei der Versorgung mit Hygieneartikeln, wo sich einige Helfer*innen schlicht weigerten, sie auszugeben. Als nicht-weiß gelesene Menschen wurden sie nach Ausweisdokumenten gefragt, sie mussten also, anders als andere, beweisen, dass sie tatsächlich aus der Ukraine geflohen waren. Ähnliche Situationen wurden von der Essensausgabe gemeldet. Auch bei der Unterbringung gab es enorme Schwierigkeiten: Immer wieder wurde behauptet, es sei schwierig, Rom*nja unterzubringen, weil sie in so großen Familien mit vielen Kindern kämen. So mussten viele Menschen tagelang am bzw. im Hauptbahnhof übernachten, in einer Situation, in der auch die Kältezüge überfüllt waren. Es kam zu Platzverweisen und Zutrittsverweigerungen zur Willkommenshalle durch das Sicherheitspersonal. Gleich zu Beginn des Krieges wurde die Erwartung geäußert, dass wir direkt sozialarbeiterisch tätig werden und uns der Situation der flüchtenden Rom*nja annehmen, mit den Menschen sprechen, sie eventuell auch „überzeugen“, weiterzufahren und nicht in Berlin zu bleiben. Das haben wir nicht getan. Wir waren vor Ort am Hauptbahnhof und haben uns einen Überblick verschafft. Wir haben uns mit Zuständigen und sensibilisierten Helfenden über die stattfindenden Diskriminierungsfälle ausgetauscht.“

G.I. „Auf die Arbeit in der Anlaufstelle bezogen, hatte der Krieg wenig Auswirkungen. Wir haben dort einen Schwerpunkt auf Zugewanderte aus der EU. Wir verfügen gar nicht über die nötigen Sprach- und Fachkenntnisse, was Menschen aus der Ukraine betrifft. Wir hatten aber einzelne Anfragen, die zeigten, dass erwartet wird, dass wir uns der Situation annehmen. Da ging es uns nicht anders als anderen Rom*nja-Organisationen. Das legt natürlich nahe, dass geglaubt wird, Rom*nja bräuchten eine bestimmte Betreuung, sie seien anders als andere Geflüchtete – dass man diese Verantwortung also gern abgeben würde. Auf der anderen Seite haben die bei Dosta eingehenden Meldungen gezeigt, wie wichtig Fortbildungen sind, nicht nur für Helfende, Sozialarbeiter*innen, Sicherheitsangestellte, sondern auch allgemein in der Gesellschaft. Wir haben Fortbildungen direkt am Hauptbahnhof durchgeführt, nachdem der Krisenstab mit dieser Bitte auf uns zugekommen war. Die Fortbildungen haben die Sinnhaftigkeit deutlich bestätigt. Die Menschen müssen merken, dass sie wegkommen müssen von kulturalisierenden Vorstellungen über Rom*nja. Es gibt keine Zauberformel, wie man mit Rom*nja als Gruppe am besten umgehen sollte. Diese Vorstellung ist hochproblematisch und segregierend. Wieso soll mit Angehörigen einer ethnischen Minderheit anders umzugehen sein als mit anderen Menschen?“



Welche gesellschaftlichen und politischen Forderungen und Wünsche leitet ihr daraus ab?

V.B. „Das ist eine heikle und emotional aufgeladene Frage. Ich muss gestehen, ich war zu Beginn des Krieges ein wenig fassungslos wegen der Doppelmoral. Es ist erschreckend, wie sehr bei Menschen auf der Flucht mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir haben im Verlauf dieses furchtbaren Angriffskrieges gesehen, dass in kurzer Zeit positive politische Maßnahmen realisiert werden können. Wir

freuen uns als Verein und auch als Einzelpersonen, dass denen, die aus der Ukraine geflohen sind, viele Möglichkeiten eröffnet wurden. Das hat aber auch einen bitteren Beigeschmack. Offenbar ist vieles möglich, was wir in den letzten Jahren politisch nie für möglich gehalten haben. Lösungen, die von anderen Communities seit Jahren und Jahrzehnten gefordert werden, wurden jetzt auf Anhieb möglich. Wieso ist es aber nicht möglich, wirklich alle Menschen gleich zu behandeln? Woher kommt diese selektive Solidarität? Die Anerkennung von Schulabschlüssen ist ein gutes Beispiel: Warum werden da Menschen unterschiedlich behandelt?"

G.I. „Da kann ich mich nur anschließen und würde gern ein weiteres Beispiel geben: die Einschulung. Mittel für die Einrichtung zusätzlicher Willkommensklassen wurden freigegeben, was schon lange vor diesem Krieg dringend notwendig war. Wir haben seit Jahren die Problematik, dass es nicht ausreichend Kita- und Schulplätze gibt. Als Rom*nja gelesene Kinder werden sie immer wieder abgelehnt, ihnen wird der Zugang zum Bildungssystem in Deutschland verwehrt. Sie stehen monatelang beim Schulamt auf Wartelisten.“

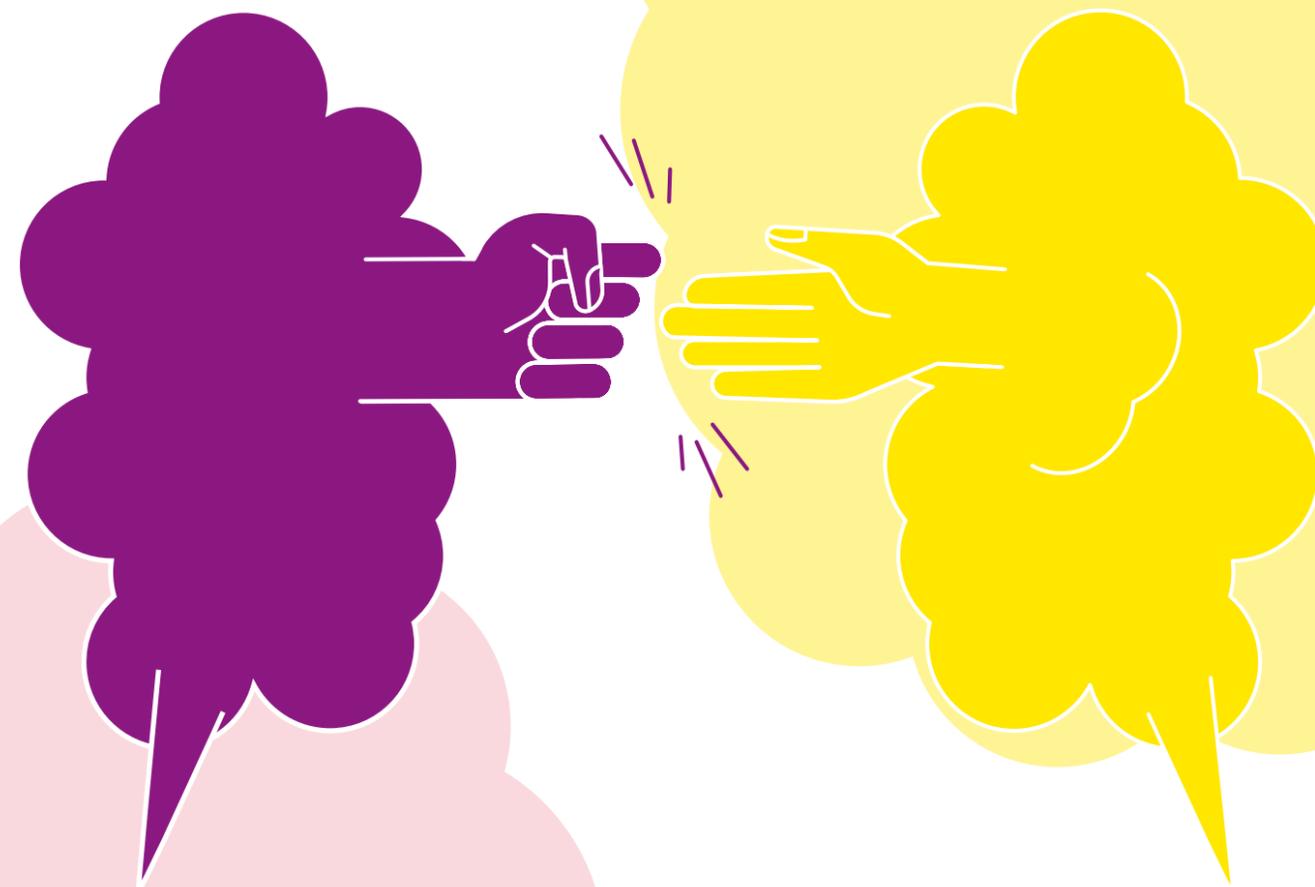
Obwohl es ein Recht auf Bildung gibt und nicht nur die Schulpflicht, werden Kinder nicht eingeschult und können erst mit massiver Verzögerung im Bildungssystem ankommen. Es gibt so viele begrüßenswerte Sachen, die jetzt auf den Weg gebracht wurden, das ist alles gut und richtig. Es zeigt uns am Ende, was alles möglich ist, wenn der Wille da ist. Ich fand die große Solidarität in der Gesellschaft sehr erfreulich, auch wenn sie langsam abnimmt. Etwas Ähnliches haben wir zum Teil schon 2015 erlebt. Meine persönliche Wahrnehmung ist aber leider auch, dass diese Solidarität nur manchen Geflüchteten gilt – und anderen eben nicht. Zum Beispiel wurden viele Menschen in Privathaushalten aufgenommen, da wo der Staat die Unterbringung nicht organisieren konnte, aber keine Rom*nja. Ich wüsste nicht, ob es solche Fälle gab, aber wenn es sie gab, dann sicher nur vereinzelt. Gleiches gilt für den Arbeitsmarkt. Generell würde ich mir wünschen, dass in all diesen Lebensbereichen kein Unterschied mehr gemacht wird und dass Menschen endlich gleichbehandelt werden und gerechte Chancen bekommen.“

MEINE PERSÖNLICHE WAHRNEHMUNG IST ABER LEIDER AUCH, DASS DIESE SOLIDARITÄT NUR MANCHEN GEFLÜCHTETEN GILT - UND ANDEREN EBEN NICHT. ZUM BEISPIEL WURDEN VIELE MENSCHEN IN PRIVATHAUSHALTEN AUFGENOMMEN, DA WO DER STAAT DIE UNTERBRINGUNG NICHT ORGANISIEREN KONNTE, ABER KEINE ROM*NJA.

Georgi Ivanow

GEGEN VERGESSEN - FÜR DEMOKRATIE E.V.

Text
LARISSA BOTHE



WAS SAGE ICH DA NUR?

Zum Umgang mit politisch Andersdenkenden

Vgl. Klaus Müller, Christopher Kirchberg (Hrsg.): Verschwörungstheorien, Berlin 2022.

Vgl. <https://www.ama-deu-antonio-stiftung.de/antisemitismus/lagebild-antisemitismus-digital/> [15.7.2022]

Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-krieg-vergleiche-100.html> [06.10.2022]

Vgl. <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/zustimmung-und-kritik/> [20.7.2022]

Wie in den vorhergegangenen Kapiteln aufgezeigt, werden durch den Krieg in der Ukraine neue Herausforderungen im Zusammenleben deutlich. Debatten polarisieren, seien es Fragen rund um Waffenlieferungen aus Deutschland oder auch Themen in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten. Wie in jeder Krise sind wir mit unterschiedlichsten Positionen konfrontiert oder sind noch dabei, die eigene Position erst zu finden. Hinzu kommt eine Komplexität an vielen verschiedenen „Nebenschauplätzen“, die wir nicht ganz unbeachtet lassen wollen und können. Wir nehmen wahr, dass die eh schon aufgeladenen Verschwörungserzählungen der vergangenen Jahre noch weiter ausgebaut werden und auch neue hinzukommen.¹ Zum einen werden dabei antisemitische Stereotype bedient und gerade in Bezug auf die jüdische Identität des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj noch mal ganz andere Dimensionen erreicht.² Hinzu kommt die Verknüpfung mit unreflektierten Gleichsetzungen historischer Sachverhalte, wie Vergleiche von Putin mit Hitler, oder aber die Nutzung historischer Begriffe zur Beschreibung des aktuellen Kriegsgeschehens. Hier kann beispielsweise der Begriff „Vernichtungskrieg“³ genannt werden. Durch die Nutzung der Begrifflichkeiten findet eine Relativierung der historischen Ereignisse⁴ statt. In dieser Gesamtkomplexität einen Umgang zu finden mit Menschen, die sich anders positionieren als man selbst, ist eine Herausforderung. Im Folgenden geben wir Anregungen für einen möglichen Umgang mit politisch Andersdenkenden im Rahmen der Debatten rund um das Thema.

DER ANSATZ DER KONSTRUKTIVEN KOMMUNIKATION

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist eine sehr vielfältige. Diese Beschreibung bezieht sich jedoch nicht allein auf Aspekte wie Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, sondern umfasst auch die verschiedensten Positionen und Wertvorstellungen.

Im Alltag sind wir damit konfrontiert, dass wir **mit dieser Herausforderung der Diversität umgehen müssen**, sei es im familiären Kontext, im beruflichen Alltag oder einfach im öffentlichen Raum. Dort, wo Menschen aufeinandertreffen, finden sich vielfältige Standpunkte, Weltanschauungen und eben Wertvorstellungen.

Welche Werte uns wichtig sind, hat viel mit unserer Sozialisation zu tun, aber auch mit der Frage, „Was ist uns wichtig im Zusammenleben?“. Verschiedene Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Respekt usw. können dabei in Konkurrenz stehen – es entstehen Wertedilemmata. Oder die Interpretation der jeweiligen Werte ist verschieden, dann treffen unterschiedliche Werteverständnisse aufeinander.

Gerade in „Krisenzeiten“ wird dieser Zusammenhang deutlich. Denn die jeweilige Krise – egal ob bedingt von Pandemie oder Krieg – verlangt uns Menschen ab, dass wir einen Umgang mit der Krise finden. Im Umgang mit Dilemmata sind wir aber wenig geübt. Wahrscheinlich aufgrund unserer Sozialisation gehen wir davon aus, dass es ein eindeutiges Richtig und Falsch gibt. Klare Antworten geben uns Orientierung, und die brauchen wir für das alltägliche Leben. Eine wichtige **Voraussetzung, um mit Dilemmata umzugehen, ist unsere Ambiguitätstoleranz oder auch Widerspruchstoleranz** – also unsere Fähigkeit, Widersprüche aushalten zu können.⁵ So steht es vielleicht im Widerspruch für uns, dass ein Mensch, der uns viel bedeutet, jedoch teilweise ganz andere Wertvorstellungen oder auch politische Positionen vertritt. Erschwerende Bedingungen kommen hinzu, wenn das Gegenüber Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus oder auch Verschwörungserzählungen bedient, um die eigene Position zum Ausdruck zu bringen.

In solchen Situationen ist es besonders schwer, einen für sich zielführenden Umgang mit den Äußerungen zu finden. Hier gibt es kein allgemeingültiges Rezept, dafür spielen zu viele Faktoren eine entscheidende Rolle – beispielsweise, wo die eigenen Grenzen des Sagbaren liegen. Der Ansatz der konstruktiven Kommunikation⁶ hat **das Ziel, eine Streitkultur zu fördern**, die es ermöglicht, dennoch einen Umgang mit für uns problematischen Aussagen zu finden, ohne in eine Spirale der Eskalation überzugehen oder Fronten weiter zu verhärten.

5 Vgl. Larissa Bothe: Ambiguitätstoleranz als Ausgangspunkt für die Praxis der politischen Bildung. in: Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.: Konstruktive Kommunikation in der Demokratie. Ein Baustein der politischen Bildung. S.70-79.

6 Der Begriff „Konstruktive Kommunikation“ ist in dem Sinne kein geschützter Begriff. Weitere Ausführungen zum Ansatz finden sich in: Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. (Hrsg.): DAS ARGUTRAINING #WIE DER SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE – Begleitmaterial: S.6-8.

Wichtig ist an dieser Stelle noch mal deutlich zu machen, dass es einen Unterschied macht, ob man sich selbst durch getätigte Aussagen verletzt fühlt und wer spricht. Aber auch das Aufzeigen von Grenzen muss eventuell erst erlernt und geübt werden, auch zum Selbstschutz. Der Ansatz der konstruktiven Kommunikation kann daher hilfreich sein, um klare Grenzen zu benennen, aber auch um bei Bedarf ein weiteres miteinander Sprechen und Diskutieren möglich zu machen.

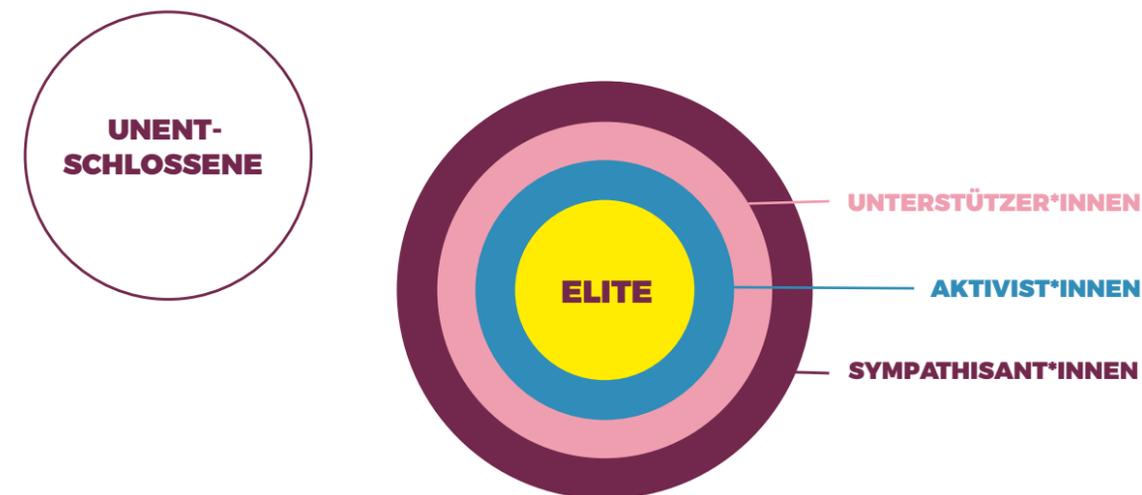
SITUATIONSANALYSE

Bevor jedoch die passenden Kommunikationsstrategien ausgewählt werden können, bedarf es einer Analyse der Situation. Denn abhängig vom jeweiligen Kontext können ganz unterschiedliche Strategien angewendet werden. Folgende Leitfragen können bei der Analyse der Situation hilfreich sein: „Was macht das Gesagte eigentlich mit mir?“, und die zweite: **„Was möchte ich, was nun passiert?“**. Die getätigten Aussagen, an denen ich mich störe oder die mir auch zutiefst zuwider sein können, machen etwas mit mir als Person. Richten sich die Aussagen konkret gegen mich, gegen meine Person (meine Herkunft, meine Religion etc.) oder sind sie „einfach“ nicht mit meinen Wertvorstellungen vereinbar? Letzteres ist in der Regel auch gegeben, wenn ich von den getätigten Aussagen persönlich betroffen bin. Allerdings macht es einen Unterschied, ob die Betroffenheit direkt oder indirekt gegeben ist. Wie stark wir betroffen sind, ist wiederum individuell gelagert: Haben wir uns schon an bestimmte Dinge gewöhnt? Habe ich nicht mehr die Kraft, mich mit dem Gesagten auseinanderzusetzen, weil ich alltäglich mit entsprechenden Aussagen konfrontiert werde? Verärgern, verletzen, empören oder beschämen mich die Aussagen?

Abhängig von der eigenen Ausgangslage in der konkreten Situation stellt sich somit die Frage nach dem Ziel: „Was soll nun passieren?“. Auch die Zielsetzung kann sehr unterschiedlich formuliert werden und ist bedingt durch den Kontext. Im pädagogischen Zusammenhang, also im beruflichen Umfeld oder auch in der professionellen Rolle, ergeben sich noch weitere Notwendigkeiten. Fragen wie: Wer ist noch anwesend? **Wer wird eventuell durch die getätigte Aussage verletzt?** Wie ist es möglich, getroffene Aussagen nicht einfach stehen zu lassen und eine Gegenposition aufzuzeigen, ohne dem Gesagten zu viel Raum und Bühne zu geben?

Je nach Gegebenheit können beispielsweise folgende Ziele für einen selbst formuliert werden: Ich muss mich in Sicherheit bringen; Ich möchte mich gegen Verletzungen und Abwertungen wehren; Ich möchte für meine Werte(verständnisse) eintreten; Ich möchte meinem Gegenüber eine andere Perspektive aufzeigen oder auch: Ich möchte das Gegenüber „überzeugen“.

Dabei müssen wir uns bewusst machen, dass ein Überzeugen durch reine Sachargumentation im ersten Schritt meistens nicht möglich ist. Zwar ist die



Zwiebelmodell nach Dieter Rucht

Änderung einer Einstellung gerade mit Blick auf ein lebenslanges Lernen sehr gut möglich, allerdings braucht es manchmal einen langen Atem. Hierzu gehört viel mehr als nur die „richtigen“ Fakten zu benennen. Uns muss bewusst sein, dass wir manchmal aushalten müssen, dass Menschen – auch jene, die uns wichtig sind, sich anders politisch verordnen und positionieren. Dieses Aushalten fällt uns in der Regel besonders schwer, wenn die Wertekonflikte eklatant sind oder auch, wenn wir aus den durch diese Einstellung resultierenden Abwertungen der eigenen Person immer wieder mit Angriffen und Verletzungen konfrontiert sind. Es kann Erleichterung verschaffen, wenn wir uns deutlich machen, dass wir für das Handeln des Gegenübers nicht verantwortlich sind: Die Änderung einer Einstellung kann letztendlich immer nur durch die Entscheidung der Person selbst erfolgen.

Leider tendieren wir in solchen Situationen aufgrund der eigenen Emotionen dazu, häufig auf der Gegenseite eine Minderwertigkeit oder ein Irresein zu vermuten und es entstehen Vorwürfe, die nicht selten in Beleidigungen übergehen. Eine wesentliche Fragestellung ist in diesem Zusammenhang somit, wen ich erreiche und wen nicht bzw. nicht so einfach. Dafür müssen wir uns bewusst machen, dass auch Vertreter*innen anderer politischer Lager **keine homogene Masse** sind. Das Zwiebelmodell nach Dieter Rucht⁸ beschreibt dies sehr anschaulich.

Das Modell macht indirekt noch etwas anderes deutlich, denn nicht alle Menschen einer bestimmten Meinungsrichtung sind immer ganz genau einer „Zwiebelschicht“ zuzuordnen. Zum einen können Menschen ihre Meinung ändern und zum anderen gibt es Menschen, die noch außerhalb bzw. am Rand der „Zwiebel“ zu verorten sind – in der Regel jene, die sich nicht als politisch verstehen und/oder noch keine bestimmte Meinung zu einem bestimmten Thema gefunden haben – die sogenannte **bewegliche Mitte**.⁹ Gerade diese sollten wir **nicht aus dem Blick verlieren**, denn wir können sie in der Regel noch sehr gut erreichen, allein schon dadurch, dass sie unterschiedliche Perspektiven aufgezeigt bekommen.

⁷ Vgl. Friedemann Schulz von Thun, Gedanken zum Ukraine-Krieg und der Kommunikation im Dilemma, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie, Heft 112/2022, S. 20-22, online unter: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/CVFD-Magazin_112-2022.pdf [08.08.2022]

⁸ Vgl. u.a. Dieter Rucht: Modernisierung und neue soziale Bewegungen Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, in: Axel Honneth, Hans Joas und Claus Offe (Hrsg.): „Theorie und Gesellschaft“, Band 32, Frankfurt am Main 1994.

⁹ Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (Hrsg.): Blickpunkt Migrationsgesellschaft. Die bewegliche Mitte als Zielgruppe der politischen Bildung, Berlin 2020; S. 61-62.

Demnach ist es wichtig und richtig, Grenzen zu setzen, wo sie dem eigenen Empfinden nach notwendig sind. Jedoch braucht es hier Kommunikationsstrategien, die dem gerecht werden, dies auf eine Art und Weise zu machen, die es einem erlaubt, den **eigenen Werten** *treu* zu bleiben und **nicht eine „Täter-Opfer-Umkehr“** zu provozieren.

KONSTRUKTIVE KOMMUNIKATIONSSTRATEGIEN

Um mit den o.g. Herausforderungen im Alltag umgehen zu können, ist es hilfreich, wenn wir uns immer wieder auch die eigene Haltung bewusst machen. Dazu gehört zum einen die Selbstreflexion: Was sind meine eigenen Werte? Wo stehe ich? Welchen Anteil habe ich daran, dass ein konstruktiver Umgang mit den Herausforderungen möglich ist?

Zum anderen ist es nötig, sich mit verschiedenen Mechanismen auseinanderzusetzen. Dazu gehören die Beschäftigung mit Vorurteilen und Diskriminierung ebenso wie mit Grundlagen unserer Kommunikation, etwa dem **Kommunikationsmodell** und dem **Wertequadrat** oder dem **vier-Ohren-Modell von Schulz von Thun**.¹⁰ Ein weiterer hilfreicher Anknüpfungspunkt, der auf dieser Bewusstmachung aufbaut, ist der **Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation** von Marshall B. Rosenberg.

Die Auseinandersetzung mit den Mechanismen von Vorurteilen und Diskriminierung hilft dabei, **eigene sozialisierte Ausgrenzungsmechanismen kritisch zu reflektieren** und einen **Umgang mit den Äußerungen des Gegenübers** zu ermöglichen. Machen wir uns bewusst, welche Mechanismen hinter getätigten Aussagen liegen, können wir zielgerichteter reagieren. Die Kommunikationsmodelle helfen uns dabei, die eigene Kommunikation kritisch zu reflektieren und die Intention und Wirkung unserer Worte zu überprüfen.

Wenn also zum Beispiel jemand sagt: die NATO sei „mit ihrem Verhalten der eigentliche Schuldige an diesem Krieg“, können wir einerseits Fakten dagegen stellen: das Völkerrecht erklären und deutlich machen, dass der Bruch des Völkerrechts klar von Russland ausgeht. Es besteht darüber hinaus aber auch die Möglichkeit, in die Diskussion zu gehen, zum Beispiel über die Frage zur Weltsicht Putins und/oder inwiefern die NATO-Erweiterung zum friedlichen Zusammenleben beiträgt oder nicht.¹¹

Hilfreich ist dabei auch die **„Trennung von Person und Aussage“**, ganz nach dem Motto: „Ich vertrete deine Meinung nicht und finde sie fürchterlich, was aber nicht heißt, dass ich dich für einen schlechten Menschen halte.“ In der konkreten Situation kann dies ganz schön herausfordernd sein.

Um auf das Gesagte zielführend reagieren zu können, ist es hilfreich, auf durchaus bekannte Kommunikationsstrategien zurückzugreifen. Und auch wenn wir bestimmte Strategien schon kennen, bedeutet es nicht, dass wir sie insbesondere im Alltag auch wirklich anwenden. Dies hat vorrangig damit zu tun, dass in der Gesellschaft, in der wir leben, das Rechthaben, das Gewinnen und das Machtstreben weiterhin oft im Vordergrund stehen und Kommunikation auf Augenhöhe erst mühsam erlernt werden muss.

Bewährte Strategien sind zum Beispiel Ich-Botschaften. Diese eignen sich sehr gut, um klare Grenzen zu setzen und diese auch zu begründen. Also statt mit einem „Das ist russische Propaganda! Du spinnst wohl, so was hier von dir zu geben!“ eher ein „Ich tue mich schwer, das Thema hier auf der Familienfeier zu diskutieren, weil es sehr viel komplizierter ist, als es auf den ersten Blick scheint und ich denke nicht, dass dies der richtige Rahmen ist.“ Damit es gelingt, **zielführende Ich-Botschaften formulieren** zu können, ist es hilfreich, sich mit den eigenen Gefühlen, Bedürfnissen und Wünschen in Bezug auf solche Situationen auseinanderzusetzen und zu reflektieren. Wie viel ich davon preisgebe, steht auf einem anderen Blatt. Es hilft jedoch, die eigenen Ziele in der Situation für sich selbst zu konkretisieren. Ich-Botschaften bieten zudem die Möglichkeit, Dilemmata aufzuzeigen und zu kommunizieren.

Eine weitere bekannte Strategie ist das **Aktive Zuhören**. Mit dieser Strategie besteht zusätzlich die Möglichkeit, in den Dialog zu gehen und herauszufinden, was hinter den getätigten Aussagen steckt. **Dazu gehört es, offene Fragen zu stellen, Gesagtes in eigenen Worten wiederzugeben, aber auch vermeintliche Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche des Gegenübers zu spiegeln**. „Was meinst du damit, wenn du sagst, der Krieg sei ein Mittel zur ‚Entnazifizierung‘ der Ukraine?“; „Warum benutzt du den Begriff ‚Entnazifizierung‘ in diesem Zusammenhang?“.

Nicht nur bei uns selbst haben Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche eine Schlüsselrolle in der konkreten Situation, sondern auch das Gegenüber agiert aufgrund der eigenen Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche. Machen wir uns das bewusst, ist es ein Hilfsmittel, um wirklich zuzuhören und auf einer ganz anderen Ebene mit dem Gegenüber ins Gespräch zu gehen. Ambiguitätstoleranz ist in diesem Zusammenhang enorm wichtig.

Ein wichtiges Element für die Nutzung der Kommunikationsstrategien ist es, dass sie **authentisch** genutzt werden. Entsprechende **Körpersprache und Mimik** spiegeln sofort wider, ob diese Form der Kommunikation ernst gemeint ist.

Mit dem Ansatz der konstruktiven Kommunikation kann dazu beigetragen werden, eine neue oder andere Kommunikationskultur zu etablieren, die das Zusammenleben in der Gesellschaft der Vielen zielführender ausgestaltbar macht.

¹⁰ Vgl. Friedemann Schulz von Thun: Miteinander reden, Band 2, Hamburg 1989, S.39 und <https://www.schulz-von-thun.de/die-modelle/das-kommunikations-quadrat> [20.7.2022]

¹¹ Das Beispiel wurde in ähnlicher Form auch vom Bildungsportal Niedersachsen genutzt. In einem Beitrag auf deren Website gehen sie auf den Umgang mit Konflikten von Lernenden ukrainischer und russischer Herkunft ein, siehe: <https://bildungsportal-niedersachsen.de/ukraine-konflikt-empfehlungen-fuer-lehrkraefte/standard-titel-1> [14.7.2022]



SOLIDARITÄT MIT GEFLÜCHTETEN

Sind alle
gleichermaßen
willkommen?

Text
DR. ASMAA
SOLIMAN
& MILENA
JOVANOVIC

In den letzten Monaten musste sich Europa großen Herausforderungen stellen: Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhindert das friedliche Zusammenleben in Europa, gefährdet und zerstört Leben, vertreibt Menschen aus ihrer Heimat und drängt sie zur Flucht. Die Betroffenheit und Solidarität in der deutschen Bevölkerung sind groß. In diesem Beitrag stellen wir uns der Frage, welche Auswirkung die aktuelle Fluchtbewegung aus der Ukraine auf die deutsche Migrationsgesellschaft hat und welche Chancen aber auch Ungleichbehandlungen diese offen legt.

Der Krieg in der Ukraine stellt das Einwanderungsland Deutschland erneut vor die Herausforderung, ca. einer Million geflüchteten Menschen Aufnahme zu gewähren; seit Ende Februar wurden über 900.000 Personen aus der Ukraine im deutschen Ausländerzentralregister (AZR) registriert (Stand Juli 2022)¹. Die Zivilgesellschaft zeigte – wie bereits 2016 bei der Fluchtbewegung aus Syrien – große Hilfsbereitschaft, um die Ankunft geflüchteter Menschen zu erleichtern² und entfaltet dabei erneut großes Potenzial für eine empathische Willkommenskultur. Die Politik reagierte im Gegensatz zu 2016 schneller und führte im Rahmen der EU vereinfachte Visaverfahren für ukrainische Staatsbürger*innen ein. Ukrainische Geflüchtete können seit März 2022 im Zuge der EU-Massenzustrom-Richtlinie ohne Visum nach Deutschland einreisen. Die neue rechtliche Situation ermöglicht eine unbürokratischere und schnellere Aufnahme von Ukrainer*innen und einen direkteren Zugang zu Integration und Arbeitsmarkt.³ Für eine Migrationsgesellschaft, die ihren Mitgliedern gleiche Chancen verspricht, ist das ein wichtiger Schritt.

Die jüngsten politischen Maßnahmen zeigen, was möglich ist, um auf rechtlicher und bürokratischer Ebene geflüchteten Menschen einen vereinfachten Zugang in EU-Länder zu gewähren, sie schneller aufzunehmen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Gleichzeitig legt aber die Tatsache, dass diese Maßnahmen für Geflüchtete aus Syrien – von denen seit 2016 ebenfalls etwa 1,2 Million Menschen in der EU einen Asylantrag stellten⁴ – nicht durchgeführt wurden, offen, dass nicht alle Geflüchteten gleichbehandelt werden. Die eingeschränkte Visa-Lockerung und erleichterte Teilhabe, die nur für ukrainische Staatsbürger*innen gilt, führt also auch zu Ungleichheit.

Im Gegensatz zu Geflüchteten aus anderen EU-Drittstaaten erhalten Geflüchtete aus der Ukraine automatisch einen Aufenthaltsstatus, ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen, sie müssen den Hintergrund ihrer Flucht nicht bekanntgeben, können ihren Wohnort frei auswählen, einen Job ohne große bürokratische Herausforderungen aufnehmen und studieren.⁵ All diese Maßnahmen gelten nicht für Geflüchtete aus z.B. Eritrea, Somalia, Syrien oder Afghanistan, den Herkunftsländern, aus denen 2021 die meisten Menschen in Deutschland Asyl beantragt haben.⁶

All die Erleichterungen, die Geflüchtete aus der Ukraine bei ihrer Ankunft in Deutschland erfahren, verhindern nicht, dass Flucht für alle Menschen traumatisierend sein kann und mit großen Herausforderungen und Unsicherheiten verbunden ist. Auch Menschen, die aus der Ukraine fliehen, sind Gefahren ausgesetzt. Auch ukrainische Geflüchtete sind je nach Positionierung potenziell Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt, man bedenke beispielsweise die Lage von Transmensch*innen oder allein reisenden Müttern, die während und nach der Flucht besonders schutzbedürftig sind oder auch die Tatsache, dass es viele Jüd*innen oder Rom*nja gibt, die aus der Ukraine fliehen und hierzulande auf Gadge-Rassismus oder Antisemitismus stoßen.

1 Mediendienst Integration: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>, eingesehen am 10.08.2022.

2 u.a. Wie lange hält die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten an? | MDR.DE, eingesehen am 10.08.2022.

3 Ukrainische Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIEN-DIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de), eingesehen am 10.08.2022.

4 Stand 2021, Syrische Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIEN-DIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de), eingesehen am 19.08.2022.

5 u.a. Schluss mit der Doppelmoral: Gleiche Solidarität für alle Geflüchteten | Gesellschaft | BR KulturBühne | BR.de, eingesehen am 19.08.2022.

6 Zahl der Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIEN-DIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de), eingesehen am 19.08.22.

u.a. BiPoC-Geflüchtete in Berlin: Wie eine Ersatzfamilie – taz.de, eingesehen am 19.08.2022.

<https://www.ndr.de/kultur/Ukraine-Fluechtlinge-ist-das-Vorgehen-der-EU-rassistisch-gefluechtete266.html>

<https://www.islamiq.de/2022/06/07/politiker-kritisieren-ungleichbehandlung-von-fluechtlingen/>, eingesehen am 19.09.2022.

Ebd. 10

Bereits vor der rechtlich ungleichen Aufnahme in Deutschland erfahren Menschen ungleiche Behandlung, denn schon auf der Flucht kommt es zu rassistischen Vorfällen.⁷

Wie Jean Ziegler, Mitglied des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der UNO, kommentierte, erleben wir „eine Tragödie hinter der Tragödie“, denn es erreichen uns nicht nur erschreckende Berichte von Menschen auf der Flucht, sondern auch von rassistischer Gewalt während dieser prekären Situation. Insbesondere Geflüchtete, die nicht als weiß gelesen bzw. markiert werden, wurden- und sind auch auf der Flucht Zielscheibe von rassistischer Ungleichbehandlung. „Die Angst vor Menschen, die nicht aus Europa kommen, dass diese Menschen Feinde der europäischen Lebensweise seien... Das ist Rassismus, der mörderisch ist“, so Ziegler⁸.

Während also zurecht in ganz Europa große Anstrengung unternommen wird, um ukrainischen Geflüchteten schnell und unbürokratisch aufnehmen zu können, haben Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern oder auch Minderheiten aus den jeweiligen Herkunftsländern (wie z.B. Rom*nja aus der Ukraine) weiterhin mit großen Hürden bei ihrer Flucht und bei ihrer Ankunft zu kämpfen. Dies wirft einen Schatten auf die europäische Willkommenskultur und beeinflusst auch unser Zusammenleben in Deutschland.

Menschen, die aus dem globalen Süden nach Europa fliehen, sind weiterhin großen Hürden ausgesetzt und nehmen die ungleiche Behandlung durchaus wahr. Dies zeigen auch Erfahrungsberichte von Betroffenen und aus der Zivilgesellschaft: „Es gibt wohl kaum eine Person aus dem Kreis Geflüchteter aus anderen Ländern, die sich nicht schlechter behandelt fühlt“, so Dave Schmidtke, Sprecher des Sächsischen Flüchtlingsrates zu der aktuellen ungleichen Aufnahmepolitik von Geflüchteten⁹.

Aktivist*innen, Flüchtlingsorganisationen, Politiker*innen und unterschiedliche Akteur*innen der Öffentlichkeit beobachten diese ungleiche Behandlung mit großer Sorge und warnen vor einer sogenannten *Zwei-Klassen-Politik*, die Geflüchteten aus vermeintlich fremden Kulturen weniger Rechte gewährleistet. „Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben“, kritisiert SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas¹⁰. Politikerinnen Petra Čagalj Sejdi (Grüne) und Juliane Nagel (Linke) machen darauf aufmerksam, dass selbst nicht alle Geflüchteten aus der Ukraine die gleichen Rechte genießen. Dies ist insbesondere in Bezug auf Menschen aus Drittstaaten zu beobachten, die in der Ukraine gearbeitet oder studiert haben und immer noch keinen Schutzstatus haben.

Niki Drakos, Programmkoordinatorin bei Frauenkreise, dem feministischen Zentrum im Prenzlauer Berg, das schon lange mit Geflüchteten Frauen*, Familien und Migrant*innen arbeitet, argumentiert, dass wir „eine rassistische Ungleichbehandlung“ beobachten:

„Bei Geflüchteten aus dem so genannten globalen Süden – etwa aus Syrien, Irak, den afrikanischen Ländern – ist es ganz anders: Da gibt es bei Allem Widerstände auf Seiten der Behörden – es wird hingehalten, verweigert, erschwert, wo es nur

geht. Es ist schmerzvoll zu sehen, welche Unterstützung und persönliche Freiheit möglich wären, wenn es politisch gewollt wäre... Bisher hat Deutschland gebremst und abgeschottet, und auf einmal kommen weiße Personen aus der Ukraine und ihnen wird vieles sehr unkompliziert möglich gemacht. Was super ist! Das ist nicht zu kritisieren, im Gegenteil, wir finden das richtig und wichtig! Jetzt kann man sagen: Nach dem Gleichbehandlungsprinzip müssen alle anderen Geflüchteten auch genauso gut behandelt werden.“¹¹

Berichte von Geflüchteten aus dem globalen Süden, wie z.B. von afghanischen Geflüchteten, zeigen, dass es nicht nur darum geht, dass sie in der Vergangenheit bei ihrer Ankunft in Deutschland ungleich behandelt wurden und vielen Hürden, sowohl in der Aufnahme als auch in der Teilhabe, begegnet sind, sondern auch in der aktuellen Situation ungleich behandelt werden. So erzählt z.B. eine Geflüchtete aus Afghanistan, dass aufgrund begrenzter Kapazitäten der Länder und Kommunen zwischen ukrainischen und anderen Geflüchteten Entscheidungen getroffen werden, wer Anspruch auf bestimmte Leistungen hat, wie z.B., wenn es um das Thema Wohnraum geht. So mussten in Berlin afghanische Geflüchtete Raum für ukrainische Geflüchtete machen. Eine Frauenrechtsaktivistin, die mit ihrem Mann und ihren zwei kleinen Töchtern aus Afghanistan geflüchtet ist, schildert ihre Erfahrung wie folgt:

„Zuerst wurden wir im Container einer Erstaufnahme-Einrichtung in Berlin untergebracht. Dort haben wir viele Leute aus Afghanistan kennengelernt, es war schön für mich und meine kleinen Kinder. Wir hatten sogar eine kleine Küche für uns. Im April mussten wir aber ausziehen, um für Personen aus der Ukraine Platz zu machen.“¹²

Gleichzeitig berichtet sie, dass ein Umzug in eine andere Stadt nicht so einfach ist. Nach Stellung des Asylantrags gibt es mehrere Einschränkungen, wie z.B., dass sie verpflichtet sind, in den ersten drei Jahren ab Erteilung der Aufenthaltserlaubnis im jeweiligen Bundesland zu bleiben, dem sie zur Untersuchung des Asylverfahrens zugewiesen worden sind. Diese Einschränkung besteht weiterhin, trotz der Tatsache, dass sie für Geflüchtete aus der Ukraine aufgehoben wurde.

Ferner muss kritisiert werden, dass die Ungleichbehandlung nicht nur im Umgang mit Geflüchteten, sondern auch in öffentlichen Diskursen zu beobachten ist. Aktuelle Diskurse, die Geflüchtete auf Basis ihrer Herkunft differenzieren, stärken rassistische Einstellungen und reproduzieren viele Vorurteile. Drakos kritisiert, dass die mediale Rhetorik oft dazu tendiert, Geflüchtete aus der Ukraine als Teil eines vermeintlichen christlichen, zivilisierten Kulturkreises darzustellen.¹³ Im Gegensatz dazu sehen wir im Kontext von Geflüchteten aus dem globalen Süden immer wieder ausgrenzende Narrative, die diese Geflüchtete als vermeintlich ‚Andere‘, nicht zivilisierte und nicht dazugehörige Menschen darstellen.

¹¹ <https://www.islamiq.de/2022/06/07/politiker-kritisieren-ungleichbehandlung-von-fluechtlingen/>, eingesehen am 19.09.2022.

¹² <https://www.dw.com/de/kritik-an-ungleichbehandlung-von-fl%C3%BCchtlingen/a-62136653>, eingesehen am 19.09.2022.

¹³ <https://taz.de/Ungleichbehandlung-von-Gefluechteten/5857593>, eingesehen am 19.09.2022.

Während die vereinfachte Aufnahme von Ukrainer*innen also ein wichtiger Schritt für unsere Demokratie ist, ist die rechtliche, politische und diskursive Ungleichbehandlung ein Versagen unserer Demokratie, die sich dem Versprechen der Gleichbehandlung verschrieben hat. Gleichzeitig führt die Ungleichbehandlung zu Konkurrenz-Debatten unter Geflüchteten, was wiederum das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft gefährdet und einen negativen Einfluss auf die dringend gebrauchte Solidarität unter den Geflüchteten haben kann.

Es darf bei der Kritik am Aufnahmesystem also nicht darum gehen, Geflüchtete unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen oder den Umgang mit ukrainischen Geflüchteten zu kritisieren. Vielmehr geht es darum, alle Geflüchteten gleich zu behandeln, um dem Versprechen einer gerechten Migrationsgesellschaft entgegenzukommen.

Als zivilgesellschaftlicher Akteur sehen wir es als unsere Aufgabe, auf Ungleichbehandlungen aufmerksam zu machen und ein gerechtes Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft zu fördern. Fluchtursachen lassen sich nur sehr schwer beeinflussen. Wirksam mitgestalten können wir aber eine gerechtere Migrationsgesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen haben.

Die Aufnahmepolitik birgt Potenzial für ein faireres Asylsystem und funktionierende Integrationspolitik. Das Beispiel der vereinfachten Aufnahme für Menschen aus ukrainischen Kriegsgebieten kann als Blaupause gelten für eine pluralistische Demokratie, die das Asylrecht achtet und Migration als Chance versteht statt als Herausforderung.

AUFNAHMEPOLITIK, DIE NUR EINER GRUPPE GEWÄHRT WIRD, WÄHREND ANDERE AN DEN AUSSENGRENZEN ZURÜCKBLEIBEN, ENTFALDET KEIN DEMOKRATISCHES POTENZIAL, SONDERN WIRD ZU EINEM GEWALTVOLLEN INSTRUMENT DER SPALTUNG.

Gleichzeitig darf es keine Doppelstandards geben, die genau diese Chancen zunichtemachen. Aufnahmepolitik, die nur einer Gruppe gewährt wird, während andere an den Außengrenzen zurückbleiben, entfaltet kein demokratisches Potenzial, sondern wird zu einem gewaltvollen Instrument der Spaltung.

Bei all dem sind ukrainische Menschen nicht von Diskriminierung befreit, auch antislawischer Rassismus ist Teil antidemokratischer Bewegungen. So kam es vor der erleichterten Aufnahme von Ukrainer*innen in diesem Jahr vorher auch zu Abschiebungen von Menschen aus der Ukraine und zu rassistischen Übergriffen gegenüber Menschen aus Osteuropa.¹⁴

Solidaritätsmomente sind also fragil und sind nicht gleichermaßen auf alle Mitmenschen in unserer Migrationsgesellschaft verteilt. Sie können - wie wir nach der Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien 2016 gesehen haben - schnell wieder kippen. Nur eine gerechte und institutionalisierte Solidarität mit allen Geflüchteten, die in unserer Gesellschaft ihr Recht auf Asyl einfordern können und die Möglichkeit bekommen, gleichwertiger Teil unserer Gesellschaft zu sein, löst das Versprechen unserer pluralen Demokratie ein.

¹⁴ U.a. Antislawischer Rassismus in Deutschland: Täter, Opfer, Twitterer - [taz.de](https://www.taz.de), eingesehen am 19.08.22.

QUELLEN

<https://www.ndr.de/kultur/Ukraine-Fluechtlinge-Ist-das-Vorgehen-der-EU-rassistisch,gefluechtete266.html>

<https://taz.de/Ungleichbehandlung-von-Gefluechteten/5857593/>

<https://www.dw.com/de/kritik-an-ungleichbehandlung-von-fl%C3%BCchtlingen/a-62136653>

<https://www.islamiq.de/2022/06/07/politiker-kritisieren-ungleichbehandlung-von-fluechtlingen/>

Migranten in der Ukraine: Diskriminierung an der Grenze | National Geographic

OHCHR | Ukraine: UN experts concerned by reports of discrimination against people of African descent at border (archive.org)

„Ukrainer zuerst“: Rassismus auf der Flucht | Euronews

BiPoC-Geflüchtete in Berlin: Wie eine Ersatzfamilie - taz.de

Schluss mit der Doppelmoral: Gleiche

Solidarität für alle Geflüchteten | Gesellschaft | BR KulturBühne | BR.de

Syrische Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de)

Zahl der Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de)

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>

Das Interview führten
DR. ASMAA SOLIMAN
& **MILENA JOVANOVIĆ**



MIT REEM ALABALI- RADOVAN

Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der
Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Wie schätzen Sie die aktuellen Möglichkeiten für Geflüchtete aus der Ukraine ein, in Deutschland gut ankommen zu können?

R.A. Seit Kriegsbeginn sind rund eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Die Bundesregierung hat schnell dafür gesorgt, dass geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer ab Tag 1 Sicherheit und beste Möglichkeiten bei uns finden: mit Zugang zu Arbeit, Integrationskursen zum Deutschlernen, Sozialleistungen, auch digitalen Angeboten und Antragswegen. Das ist eine große Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und natürlich vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die unkompliziert und im wahrsten Sinne des Wortes ihre Türen geöffnet haben. Das ist Integration von Anfang an und entscheidend für ein gutes Ankommen.

Welche gesetzlichen und politischen Neuerungen gab es in diesem Jahr für Geflüchtete und wie beurteilen Sie diese (konkret die visumsfreien Einreisemöglichkeiten und die erleichterte Aufenthaltserlaubnis für Ukrainer*innen und Geflüchtete aus der Ukraine sowie die „Massenzustrom- Richtlinie“ der EU)?

R.A. In Deutschland haben wir angesichts der sehr dynamischen Lage seit Kriegsbeginn in der Ukraine schnell, pragmatisch und mit klarem Kompass gehandelt. In Brüssel hat Innenministerin Nancy Faeser sich dafür eingesetzt, dass die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert wurde, in Deutschland haben wir Gesetze und Verordnungen angepasst und vor allem die Aufnahme nach § 24 Aufenthaltsgesetz ermöglicht. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sind sozialrechtlich weitgehend gleichgestellt mit deutschen Staatsangehörigen. Das ist historisch, das war wichtig und richtig.



Werden alle Geflüchteten vor dem Gesetz und politisch gleichbehandelt?

R.A. Auch wenn der Begriff Flüchtling oder Geflüchteter im Alltag sehr weitläufig genutzt wird, gibt es nach dem Gesetz unterschiedliche Schutzformen, aus denen unterschiedliche Rechte, Pflichten und Leistungsansprüche entstehen. In den vergangenen Monaten haben wir im Fall der ukrainischen Geflüchteten gesehen, wie gut es funktioniert, wenn wir auf schnelle Klarheit beim Aufenthalt setzen sowie auf Integration von Anfang an. Daran müssen wir anknüpfen, das muss eine Blaupause für alle Geflüchteten sein. Und das packt die Bundesregierung jetzt an: Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht schaffen wir eine Perspektive für Menschen, die bereits viele Jahre nur mit einer Duldung hier leben. Ebenso wollen wir Beschäftigungsverbote aufheben und unsägliche Kettenduldungen beenden. Unser Ziel ist mehr Menschlichkeit statt Misstrauen in der Asylpolitik. Und darum geht es jetzt weiter: Wir wollen die Familienzusammenführung erleichtern, verbessern und Asylverfahren schneller und stringenter machen.

Sollte es keine Gleich- behandlung geben, was sind die Ursachen und was die Aufgabe der Politik, um dem entgegenzuwirken?

R.A. Für Geflüchtete aus der Ukraine hat die Europäische Union 2022 die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert. Das ermöglicht eine schnelle und unbürokratisch Anerkennung. 2015 war das leider

DER SCHUTZ DER MENSCHEN, DIE VOR KRIEG UND GROSSER NOT FLIEHEN, IST UNSERE GEMEINSAME VERANTWORTUNG.

Reem Alabali-Radovan



nicht der Fall. Ohne so eine europäische Entscheidung muss jedes Asylgesuch im Einzelfall konkret geprüft werden. Das dauert natürlich länger. Und ich verstehe den Frust der Menschen, die 2015 oder 2016 zu uns geflohen sind und jetzt sehen, dass die Verfahren und Aufnahme auf Grundlage der EU-Richtlinie so viel schneller und besser laufen. Aber ist ein Asylgesuch mit einem Schutzstatus abgeschlossen, ist die rechtliche Stellung weitgehend die gleiche.

Wie beurteilen Sie das zivilgesellschaftliche Engagement gegenüber Geflüchteten in diesem Jahr?

R.A. Das Engagement und die Solidarität waren herausragend und sind weiter sehr groß. Nachdem es anfangs vor allem darum ging, Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, helfen heute viele beim Deutschlernen, bei Behörden-Gängen und Anträgen, bei der Integration in Kita, Schule und Sportvereinen. Großartig ist, dass auch viele Menschen mit eigener Flucht- oder Einwanderungsgeschichte helfen. Das ist besonders wertvoll,

weil sie wissen, wie der Neuanfang in Deutschland am besten gelingt, davon können jetzt Menschen aus der Ukraine profitieren.

Wie schätzen Sie die Folgen der aktuellen Fluchtbewegungen für unsere Migrationsgesellschaft ein? Sehen Sie Gefahren oder auch Chancen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller in Deutschland lebender Menschen?

R.A. Wir haben aus der Fluchtbewegung 2015/2016 viel gelernt, Strukturen wieder aktiviert und auf Integration von Anfang an gesetzt. Natürlich sind Aufnahme und Unterbringung so vieler Menschen eine enorme Kraftanstrengung in allen Bundesländern. Der Schutz der Menschen, die vor Krieg und großer Not fliehen, ist unsere gemeinsame Verantwortung. Und es ist auch eine Chance, wenn Menschen aus der Ukraine ihre Potenziale direkt

einbringen können – in Berufsbildung, am Arbeitsmarkt, in den Nachbarschaften. Davon profitiert Deutschland als vielfältiges Land. Wichtig ist, dass wir auch die Geflüchteten, die aus anderen Regionen der Welt geflohen sind, nicht aus den Augen verlieren. Auch sie brauchen gesellschaftliche Anknüpfungspunkte und bestmögliche Teilhabe. Mit dem neuen Chancenaufenthaltsrecht gehen wir jetzt einen wichtigen Schritt: Wer am 1. Januar 2022 mindestens fünf Jahre geduldet in Deutschland lebt, soll bleiben und arbeiten dürfen. Wir werden den menschenunwürdigen Zustand der Kettenduldungen abschaffen, der Menschen über viele Jahre zum Nichtstun zwingt, und ihnen endlich eine Perspektive geben.

Worin sehen Sie die Aufgabe der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise des Kompetenznetzwerks „Zusammenleben in der

Migrationsgesellschaft“, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft mitzugestalten?

R.A. Ich habe großen Respekt vor der hervorragenden Arbeit so vieler zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in unserem Land – bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, aber auch bei der Unterstützung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Darauf zähle ich und das fördere ich mit vielen Projekten in ganz Deutschland. Mein Ziel ist, dass alle in unserem Land gemeinsam anpacken und unsere Gesellschaft positiv gestalten, gleichberechtigt und auf Augenhöhe. Das ist echte Teilhabe und lässt unseren Zusammenhalt wachsen. Es geht um einen echten Aufbruch in der Integrationspolitik und dafür leisten viele aus der Zivilgesellschaft und die Schwarzkopf-Stiftung sowie das gesamte Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ einen wertvollen Beitrag.



MEIN ZIEL IST, DASS ALLE IN UNSEREM LAND GEMEINSAM ANPACKEN UND UNSERE GESELLSCHAFT POSITIV GESTALTEN, GLEICHBERECHTIGT UND AUF AUGENHÖHE.

Reem Alabali-Radovan

Impressum

VERÖFFENTLICHT VON

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez
Obentrautstr. 72
10963 Berlin

IM RAHMEN DES



FÖRDER*INNEN:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

VERANTWORTLICH

(IM SINNE DES PRESSERECHTS):

Aslıhan Yeşilkaya und Gökay Sofuoğlu
Bundesvorsitzende Türkische Gemeinde
in Deutschland e.V.

AUTOR*INNEN:

Anna Friedrich, Kaan Bağcı
(Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.)

Nane Khachatryan, Yaroslav Emelianov
(Dachverband der Migrant*innenorganisationen
in Ostdeutschland)

Yulia Grisakov
(Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.)

Mutiara Berthold
(neue deutsche organisationen – das
postmigrantisches netzwerk e.V.)

Larissa Bothe
(Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.)

Dr. Asmaa Soliman, Milena Jovanovic
(Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa)

ILLUSTRATIONEN:

S. 9-10: Aileen Dietrich (actu&tactu)

S. 6, 19, 34, 40: Carlotta Weiser in Zusammenarbeit
mit Zoe Branczyk

S. 31: Zoe Branczyk in Zusammenarbeit mit
actu&tactu

Umschlaggestaltung und alle weiteren
Illustrationen: Carlotta Weiser (actu&tactu)

LAYOUT:

Aileen Dietrich & Carlotta Weiser | actu & tactu
www.actu-tactu.de

Verwendete Schriftart:

Trueno by Julieta Ulanovsky

Literata by Veronika Burian, Irene Vlachou, Vera
Evstafieva und Jose Scaglione (TypeTogether)



